

transdisziplinäre
sicherheitsstrategien für polizei,
wohnungsunternehmen
und kommunen



Sicherheit im Wohnumfeld und in der Nachbarschaft

Impulse für die Zusammenarbeit von Polizei,
Wohnungsunternehmen und Kommune



Zum Verständnis dieser Handreichung	05	Zur Vertiefung: Handreichungen und Checklisten	33
Warum eine Zusammenarbeit wichtig ist	07	Teil III – Beispiele kooperativer Projekte für ein sicheres Wohnumfeld	39
Teil I – Impulse für die Zusammenarbeit von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune	08	Berlin – Leopoldplatz	40
Soziale und sozialräumliche Aspekte für ein sicheres Wohnumfeld	08	Ein Platz für alle – Gemeinsam einen Platz für alle gestalten	
Baulich-planerische Ansätze für ein sicheres Wohnumfeld	09	Bochum – Sonnenleite	46
Verfahren und Strukturen für ein sicheres Wohnumfeld	10	Jugendliche im Quartier im Fokus kriminalpräventiver Arbeit	
Akteure der Sicherheit im Wohnumfeld und in der Nachbarschaft	11	Braunschweig – Ilmweg	52
Teil II – Erläuterungen	12	Kooperatives Stadtteilmanagement als sozialer Netzwerkknoten für das Quartier	
Sicherheit im Wohnumfeld	12	Bremen – Osterholz-Tenever	58
Kooperationen für ein sicheres Wohnumfeld	15	Rückbau einer Großwohnsiedlung – Neue Qualitäten und mehr Sicherheit im Quartier	
Soziale und sozialräumliche Aspekte für ein sicheres Wohnumfeld	18	Dortmund – Clarenberg	64
Soziale Vernetzung im Quartier fördern	18	Identitätsstärkung durch Bewohnerpartizipation und ein integriertes Gesamtkonzept	
Regelmäßige Quartiers- oder Stadtteilrunden sowie Beteiligungsverfahren unterstützen	19	Gießen – Troppauer Straße	68
Direkte Ansprechpartner für Bewohnerinnen und Bewohner schaffen	20	„Sicher Wohnen in Hessen“ – Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten bei der Sanierung von Bestandsgebäuden	
Baulich-planerische Ansätze für ein sicheres Wohnumfeld	23	Hannover – Gilde Carré	72
Sicherheitsrelevante Aspekte frühzeitig in (städte-)bauliche Planungen und Maßnahmen einbeziehen	23	Städtebauliche Kriminalprävention von der Planung bis zur Umsetzung	
Bestehende Arbeitshilfen und Kriterienkataloge nutzen, um Sicherheitsaspekte systematisch zu berücksichtigen	24	Köln – Bocklemünd	76
Verbindungen von Planungs- und Nutzungsphasen berücksichtigen	25	Aktivierung und Koordination lokaler Sicherheitsakteure	
Verfahren und Strukturen für ein sicheres Wohnumfeld	27	Langenhagen – Eichenpark	82
Direkte Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen aus Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune suchen	27	Kriminalprävention in der Entwurfs- und Bauleitplanung	
Das Themenfeld „Sicheres Wohnumfeld“ fachlich verankern und absichern	28	Schweinfurt	86
Chancen einer modellhaften Zusammenarbeit für lokale Sicherheit nutzen	30	Kurze Wege zwischen Polizei und Kommune – Verstetigung eines Gemeinschaftsprojekts	
Regelmäßige Abstimmung in einem systematischen Verfahren sicherstellen	31	Wolfsburg – Neue Burg	92
		Kriminalprävention durch Anpassung bestehender Großstrukturen	

Zum Verständnis dieser Handreichung

Die Handreichung „Sicherheit im Wohnumfeld und in der Nachbarschaft – Impulse zur Zusammenarbeit von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune“ will zum Nachdenken darüber anregen, wie weit das eigene fachliche Handeln die Sicherheit im Wohnumfeld beeinflusst.

Hierfür werden im Folgenden Fragen aufgeworfen und erörtert, die für die einzelnen Akteure von Bedeutung sind und die Reflexion über die eigene Sicherheitswirkung unterstützen. Zur leichten Orientierung sind diese Fragen mit farbigen Auszeichnungen für die jeweiligen Akteure aus Kommunen ●, Wohnungsunternehmen ● und Polizei ● versehen. Trotz der jeweils spezifischen Fragestellungen versteht sich diese Handreichung vor allem als Impuls für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Akteuren Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune.

Die Handreichung ist in drei Teile gegliedert:

Teil I – Impulse:

Bedeutsame Aspekte für ein sicheres und als sicher empfundenes Wohnumfeld werden beispielhaft anhand von spezifischen Fragestellungen für Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen dargestellt. Die Frageform ermöglicht eine Selbsteinschätzung des eigenen Sicherheitsverständnisses und regt neue Möglichkeiten der Kooperation an.

Teil II – Erläuterungen:

In den anschließenden Ausführungen werden Zusammenhänge und Hintergründe der Impulse erläutert. Es werden Anregungen und Hinweise zur inhaltlichen Vertiefung sowie gegeben sowie auf weiterführenden Handreichungen und Checklisten hingewiesen.

Teil III – Beispiele:

Elf ausgewählte Beispiele verdeutlichen Möglichkeiten und Formen der Kooperation und zeigen Maßnahmenbündel, die zu einem sicheren Wohnumfeld beigetragen haben. Sie bieten Anregungen für eigene Situationen.

Die Handreichung ist ein Produkt des Forschungsprojekts „transit – transdisziplinäre Sicherheitsstrategien für Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen“. Das Projekt wurde durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit“ im Themenfeld „Urbane Sicherheit“ von Juni 2013 bis November 2016 gefördert. Das Landeskriminalamt Niedersachsen und das Deutsche Institut für Urbanistik bearbeiteten das

Vorhaben in diesem Rahmen gemeinsam mit dem Forschungspartner F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt GmbH.

Ziel des fachübergreifenden Forschungsteams war es, transdisziplinäre Sicherheitsstrategien für Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen zu erarbeiten und sie so aufzubereiten, dass sie sich in die Alltagsorganisation und in das Alltagshandeln der einzelnen Beteiligten einbetten lassen. Diese Einbettung in die Praxis soll mit der vorliegenden Handreichung unterstützt werden. Sie ergänzt damit weitere praxisorientierte Handreichungen, die spezifische Checklisten, Gestaltungsvorschläge und Verfahrensweisen für Sicherheit in Wohnumfeld und Nachbarschaft anbieten. Einen Überblick über solche weiterführenden Publikationen und Checklisten finden Sie ebenfalls in dieser Handreichung.

Weitere Informationen unter www.transit-online.de

Sicherheit im Wohnumfeld und in der Nachbarschaft Warum eine Zusammenarbeit wichtig ist

Neben einer Vielzahl anderer Faktoren beeinflusst die Sicherheit die Lebensqualität in den Quartieren. Besonders das Gefühl und die Gewissheit, sich im unmittelbaren Wohnumfeld frei und sicher bewegen zu können, ist die Grundlage dafür, sich dort auch wohlfühlen, nachbarschaftliche Kontakte zu entwickeln und Verantwortung füreinander und für das Wohnumfeld zu übernehmen.

Der Begriff der Sicherheit umfasst mehr als den reinen Schutz vor Kriminalität. Es geht um die gefühlte und wahrgenommene Sicherheit. Sie erst ermöglicht es, den (öffentlichen) Raum frei zu nutzen. Sicherheit ist damit Teil eines umfassenden Ziels: qualitätsvolle öffentliche Räume für alle Nutzerinnen und Nutzer sowie lebenswerte Städte und Quartiere zu schaffen. Und auch wenn das Quartier sicher ist und als sicher empfunden wird, gilt es doch, Entwicklungen, die hierauf einwirken können, aufmerksam zu begleiten und zu steuern.

Eine so verstandene Sicherheit entsteht dadurch, dass unterschiedliche Einflüsse gleichzeitig auf das Wohnumfeld wirken: baulich-gestalterische, soziale und organisatorische Elemente. Diese Bandbreite macht deutlich: Nicht nur ein Akteur alleine ist für die Sicherheit im Wohnumfeld zuständig. Erforderlich ist vielmehr eine kooperative Zusammenarbeit. Maßgeblich betrifft dies die Aufgabenbereiche von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen mit deren unterschiedlichen Fachbereichen in der Verwaltung. Weitere Akteure wie soziale Institutionen, lokale Gewerbetreibende und

natürlich die Bürgerinnen und Bürger selbst kommen hinzu. Sicherheit in Wohnumfeld und Nachbarschaft ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Um die Lebensqualität im Quartier zu verbessern, ist die Zusammenarbeit dieser Akteure eine wichtige Rahmenbedingung. Die interdisziplinäre Betrachtung hilft, Ursachen und Zusammenhänge von Unsicherheiten zu verstehen. Erst das gemeinsame Entwickeln von Handlungsstrategien und Maßnahmen schafft nachhaltig wirksame Lösungen. Dabei muss klar sein: Nicht jeder Nutzungskonflikt ist eine Verletzung der öffentlichen Ordnung, und nicht jede verunsichernde „Grenzüberschreitung“ kann als kriminell angesehen werden.

Die Zusammenarbeit der zentralen Akteure von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune für sichere und lebenswerte Quartiere ist mancherorts noch unerprobt. Kontakte und Routinen bestehen nur vereinzelt und sporadisch. Häufig sind Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner nicht bekannt, werden wichtige Akteure nicht rechtzeitig einbezogen, Potenziale und Synergien zu spät erkannt. Ein anlassbezogener und regelmäßig stattfindender Austausch sorgt für einen erkennbaren und nachhaltigen Nutzen für mehr Sicherheit in den Quartieren.

Die folgenden Impulse sowie die Erläuterungen und Beispiele in dieser Handreichung sollen dazu beitragen, die gemeinsame Arbeit von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune für die Sicherheit im Wohnumfeld zu stärken.

Sicherheit im Wohnumfeld und in der Nachbarschaft

Impulse für die Zusammenarbeit von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune

Soziale und sozialräumliche Aspekte für ein sicheres Wohnumfeld

Soziale Vernetzung im Quartier fördern

- Gibt es Anlauf- und Vernetzungsstellen im Wohnumfeld, wie beispielsweise ein Quartiersbüro, eine dezentrale Außenstelle z.B. des Jugendamtes oder ein Stadtteilzentrum, das als „Anlaufpunkt“ für die Förderung der nachbarschaftlichen Vernetzung geeignet ist?
- Bietet das Wohnungsunternehmen Räume oder Treffs an, die eine soziale Nachbarschaftsbildung unterstützen? Führt das Wohnungsunternehmen Veranstaltungen im Wohnumfeld durch, die das Kennenlernen und den Austausch zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern fördern?
- Kann die Polizei auf präventive Konzepte zur Unterstützung der sozialen Wohnnachbarschaft zurückgreifen? Ist sie im Konfliktfall schnell vor Ort, um den sozialen Frieden wieder herzustellen?

Regelmäßige Quartiers- oder Stadtteilrunden sowie Beteiligungsverfahren unterstützen

- Unterstützt die kommunale Verwaltung regelmäßige Quartiers- oder Stadtteilrunden, bei denen lokale Akteure und Bewohnerschaft zusammenkommen, um sich auszutauschen? Ist sie mit den relevanten Verwaltungsbereichen hierbei präsent?
- Befördert die Wohnungswirtschaft solche regelmäßigen Runden? Informiert sie dort über aktuelle Entwicklungen und Planungen?
- Ist die Polizei feste Teilnehmerin in einer solchen Runde und übernimmt sie dort eine aktive Rolle?

Direkte Ansprechpartner für Bewohnerinnen und Bewohner schaffen

- Sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im bzw. für das Quartier tätig, um die lokale Netzwerkbildung zu unterstützen und eine Schnittstelle zwischen Bewohnerschaft und Verwaltung herzustellen?
- Gibt es Ansprechpartner vor Ort (Hausmeister, Concierge o.ä.), die für die Bewohnerinnen und Bewohner als Ansprechperson vor Ort zur Verfügung stehen, die Situation und Entwicklungen des Quartiers beurteilen können, und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Zentrale ggf. über örtliche Bedarfe informieren?
- Ist die Polizei im Quartier präsent und regelmäßig ansprechbar, z.B. über eine Kontakt(bereichs)beamtin oder einen -beamten (KOB) oder über Beauftragte für Kriminalprävention (BfK)? Lassen Aufgabenvielfalt und Gebietszuschnitt ausreichend Raum für den direkten Kontakt mit den Bewohnerinnen und Bewohnern?

Baulich-planerische Ansätze für ein sicheres Wohnumfeld

Sicherheitsrelevante Aspekte frühzeitig in (städte-)bauliche Planungen und Maßnahmen einbeziehen

- Ist in der Ablauf- und Zeitplanung (städte-)baulicher Planungen und Maßnahmen sichergestellt, dass interdisziplinäre Fachexpertise – beispielsweise die der Polizei – frühzeitig einbezogen werden kann, so dass deren Impulse in das weitere Verfahren einfließen können?
- Bestehen definierte Abläufe, um sich bei eigenen baulichen Vorhaben in einem frühen Stadium mit den betreffenden kommunalen Akteuren und der interdisziplinären Fachexpertise abzustimmen?
- Ist von polizeilicher Seite sichergestellt, dass die eigene fachliche Perspektive frühzeitig in Neu- und Umbaumaßnahmen im Quartier eingebracht werden kann? Wird dazu ein kleinräumiges Kriminalitätslagebild erstellt? Ist den anderen Akteuren ein konkreter Ansprechpartner für die polizeiliche Fachberatung zur Kriminalprävention im Städtebau bekannt?

Bestehende Arbeitshilfen und Kriterienkataloge nutzen, um Sicherheitsaspekte systematisch zu berücksichtigen

- Sind Kriterienkataloge und Arbeitshilfen zur städtebaulichen Kriminalprävention bekannt? Werden sicherheitsrelevante Kriterien explizit bei der Entwicklung neuer oder der Erneuerung bestehender Quartiere berücksichtigt?
- Spielen neben der Verkehrssicherungspflicht auch sicherheitsrelevante Aspekte aus dem Bereich der Kriminalprävention eine Rolle? Werden technische und bauliche Sicherheitsaspekte eingehalten? Sind Richtlinien und Kriterien zur Verhinderung von

Wohnungseinbruch bekannt, und werden die Mieterinnen und Mieter über dieses Thema informiert?

- Sind den Polizeibeamtinnen und -beamten Maßnahmen und Aspekte der Kriminalprävention im Städtebau bekannt und werden diese zur Verhinderung von Tatgelegenheiten einbezogen? Sind die Polizeibeamtinnen und -beamten ausreichend informiert (z. B. mit einer Info-Mappe über Möglichkeiten der polizeilichen Beteiligung, 10 goldene Regeln für sicheres Wohnen)? Wird auf Hinweise der Kommission polizeiliche Kriminalprävention zurückgegriffen?

Verbindungen von Planungs- und Nutzungsphasen berücksichtigen

- Werden bei der Neugestaltung des öffentlichen Raums nutzungsorientierte Perspektiven aller Beteiligten in die Planungs- und Umsetzungsphase einbezogen? Wird die Nutzung neugestalteter öffentlicher Räume so begleitet, dass Handlungsmöglichkeiten bestehen, wenn Nutzungskonflikte die Sicherheit beeinträchtigen?
- Werden die Außenräume von Wohnanlagen (Wohnumfeld) in sicherheitsrelevante Überlegungen einbezogen? Werden Vor-Ort-Erfahrungen und -bewertungen erfragt und potenzielle Nutzerinnen und Nutzer sowie lokale Einrichtungen bei der Planung der Außenräume beteiligt?
- Kann die Polizei ihre Fachexpertise in Neu- oder Umbauplanungen einbringen? Nutzt sie ihre Möglichkeiten, z. B. im Rahmen der Beteiligung als Träger öffentlicher Belange (TÖB)? Sind die entsprechenden Beamtinnen und Beamten ausreichend qualifiziert, um mögliche Problemstellen einer späteren Nutzung zu erkennen und auf diese hinzuweisen?

Verfahren und Strukturen für ein sicheres Wohnumfeld

Direkte Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen aus Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune suchen

- Ist bekannt, welche Ansprechpartner bei Polizei und Wohnungsunternehmen für Sicherheitsthemen direkt kontaktiert werden können? Wird diese Möglichkeit wahrgenommen?
- Sind konkrete Ansprechpartner für kriminalpräventive Aspekte bei der Kommune und der Polizei persönlich bekannt?
- Kann auf Kontaktdaten der fachlich für Kriminalprävention im Städtebau, Zuständigen in der Kommune und den Wohnungsunternehmen zurückgegriffen werden? Bestehen hier bereits bewährte Arbeitszusammenhänge?

Das Themenfeld „Sicheres Wohnumfeld“ fachlich verankern und absichern

- Ist das Themenfeld in einem Fachbereich, beispielsweise bei der Stadtplanung oder in einem kriminalpräventiven Gremium, fachlich verankert? Wird das Berücksichtigen sicherheitsrelevanter Aspekte seitens Verwaltungsspitze und Stadtrat unterstützt?
- Wird das Thema durch die Geschäftsführung getragen? Ist die Fach- und Arbeitsebene in den einzelnen Abteilungen des Unternehmens (z. B. Technik, Mieterbetreuung) für die unterschiedlichen Aspekte der Thematik (technische Belange, soziale Belange, Pflege/Sauberkeit des Wohnumfelds) sensibilisiert?
- Ist das Themenfeld „Kriminalprävention im Städtebau“ im traditionellen Stellenprofil (BfK, SB Prävention, KOB) berücksichtigt (berührt maßgeblich die Themengebiete WED, Raub, Sicherheitsempfinden der Bevölkerung)?

Wird dies durch die polizeiliche Führungsebene unterstützt? Ist eine regelmäßige interdisziplinäre Abstimmung zwischen den relevanten Akteuren in einem systematischen Verfahren sichergestellt?

Chancen einer modellhaften Zusammenarbeit für lokale Sicherheit nutzen

- Sind in naher Zukunft Vorhaben der Stadtentwicklung oder -erneuerung geplant, bei denen die städtebauliche Kriminalprävention beispielhaft berücksichtigt werden kann? Lassen sich kriminalpräventive Aspekte in aktuelle Schwerpunktgebiete der Stadtentwicklung gezielt integrieren? Werden die Akteure der Wohnungswirtschaft und der Polizei hierbei strukturell eingebunden?
- Sind umfangreichere Modernisierungs- und Erneuerungsmaßnahmen in eigenen Beständen vorgesehen? Kann die Kompetenz der kommunalen Fachverwaltung und der Polizei im Hinblick auf kriminalpräventive Aspekte gewinnbringend einbezogen werden?
- Besteht Kenntnis über gegenwärtige Programmgebiete der Städtebauförderung sowie über anstehende Planungen größerer Neu- und Umbaumaßnahmen in der Stadt? Kann die Polizei die Themen von Sicherheit und Unsicherheit im Quartier in den entsprechenden Abstimmungsrunden regelmäßig einbringen?

Regelmäßige Abstimmung in einem systematischen Verfahren sicherstellen

- Gibt es regelmäßige Abstimmungstermine zwischen den relevanten Akteuren? Werden dabei auch Aspekte der städtebaulichen Kriminalprävention besprochen? Finden diese Treffen turnusmäßig und anlassunabhängig statt?

Akteure der Sicherheit im Wohnumfeld und in der Nachbarschaft



Grafik: tabasco-media.com, in Anlehnung an Schubert, Herbert, Technische Hochschule Köln, Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften, Forschungsschwerpunkt Sozial • Raum • Management

Sicherheit im Lebensalltag des Quartiers ist mehr als ausschließlich der Schutz vor Kriminalität. Es geht vielmehr auch um die gefühlte und wahrgenommene Sicherheit. Sie ermöglicht es erst, den (öffentlichen) Raum frei zu nutzen – ohne dass sich in konkreten Bereichen ein „seltsames Gefühl“ einstellt, bestimmte Orte im Quartier schon von vornherein gemieden werden oder aus Furcht vor anderen Personen die Straßenseite gewechselt wird. Wenn in dieser Handreichung von „Sicherheit“ die Rede ist, dann ist damit diese Bedeutung gemeint, die bei den Bewohnerinnen und Bewohnern eines Quartiers ansetzt.

Ebenso greift hierbei der Begriff der „Kriminalprävention im Städtebau“ über Kriminalität im engeren Sinne hinaus. Er umfasst gleichermaßen bauliche (Um-) Gestaltung im urbanen Raum als auch das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung. Ziel ist es, durch bauliche und sozialräumliche Maßnahmen Tatgelegenheiten zu verhindern, das Sicherheitsempfinden zu stärken und die Rahmenbedingungen für ein sicheres Zusammenleben zu schaffen. Der Fokus liegt auf Fragen, wie Aufenthaltsmöglichkeiten geschaffen und gestaltet, wie sozialverträgliche Nachbarschaften gefördert und wie öffentliche Räume verbessert werden können, um Aufenthaltsqualitäten für unterschiedliche Ansprüche zu schaffen. Sicherheit im Wohnumfeld betrifft die Bürgerinnen und Bürger direkt in der alltäglichen Lebenswelt, ihren Auswirkungen kann man sich nur schwer entziehen. Und die Sicherheit im Quartier weist vielfältige Zusammenhänge mit und Auswirkungen auf andere – vor allem soziale – Themen auf.

Gleichermaßen bauliche und soziale Elemente sicherer Wohnquartiere in den Blick nehmen

Der Titel dieser Handreichung greift diesen Gesichtspunkt konkret auf. „Sicherheit im Wohnumfeld und in der Nachbarschaft“ verweist auf bauliche und soziale Elemente sicherer Wohnquartiere in ihrem Wechselspiel: Ein Ort wird erst als Angstraum wahrgenommen, wenn sicherheitsrelevante Aspekte nicht ausreichend berücksichtigt sind. Dazu gehören sowohl baulich-räumliche Kriterien wie Unübersichtlichkeit, schlechte Beleuchtung, Fehlen von Ausweichmöglichkeiten oder Ungepflegtheit. Auch sich verändernde Faktoren wie Tageszeit, Helligkeit/Dunkelheit, Belebtheit, Ausmaß von Verwahrlosung und Verschmutzung spielen eine Rolle. Zusätzlich können soziale Merkmale Unsicherheiten hervorrufen, etwa antisoziales oder deviantes Verhalten wie beispielsweise öffentlicher Drogenkonsum und seine Begleiterscheinungen. Eine Rolle für das Sicherheitsempfinden vor Ort spielt auch, wie gut sich die Bewohnerinnen und Bewohner kennen, ob sie einander vertrauen, soziale Kontrolle ausüben und bereit sind, füreinander Verantwortung zu übernehmen.

Wenn Sicherheit geschaffen oder gestärkt werden soll, gilt es, diese Gesichtspunkte sicherer Quartiere gemeinsam und in ihrem Zusammenspiel zu betrachten. Zu einem nachhaltigen Präventionsansatz gehört es daher, bauliche wie soziale Maßnahmen einzubeziehen. Präventionsstrategien für ein sicheres Wohnumfeld sind dabei besonders dann erfolgreich, wenn sie in einem Wohnquartier gemeinsam von verschiedenen Verantwortungsträgern entwickelt und umgesetzt werden.

Verantwortungsträger für Sicherheit im Wohnumfeld und in der Nachbarschaft sensibilisieren

Ein erster wichtiger Schritt besteht darin, dass sich die Beteiligten ihrer Wirkung auf die lokale Sicherheitslage bewusst wird: „Wie beeinflusse ich die Sicherheit im Quartier?“. Die Sensibilisierung für die eigene Sicherheitswirkung erfolgt durch eine bewusste Auseinandersetzung. Für diejenigen Akteure, für die Sicherheit und Kriminalprävention zu den originären und kontinuierlichen Aufgabe gehören – wie Polizei, Ordnungsamt oder kriminalpräventive Gremien – bedeutet dies, sicherheitsrelevante Aspekte immer wieder gezielt in die Diskussion einzubringen, allerdings ohne die Aspekte und Aufgaben der anderen Disziplinen zu dominieren. Diejenigen, für die Sicherheit nur ein Gesichtspunkt neben weiteren ist – wie Planungs- und Jugendverwaltungen oder Wohnungswirtschaft –, haben dagegen die Aufgabe, diese Themen offen mit Blick auf die eigene Arbeit zu durchdenken und sich bewusst auf sie einzulassen.

Sich mit Sicherheit im Quartier auseinanderzusetzen heißt dabei stets auch, sich den Grenzen bewusst zu werden. Solche Grenzen bestehen bei der Zuordnung von Phänomenen wie auch bei Handlungsmöglichkeiten gegen (gefühlte) Unsicherheiten. Eine fachliche Betrachtung, die Sicherheit stets im Blick hat, soll nicht dazu führen, Sicherheitsthemen „hochzuspielen“. Klar ist: Nicht jeder Nutzungskonflikt ist ein Verstoß gegen die öffentliche Ordnung, und nicht jeder Verstoß stellt ein Sicherheitsproblem dar. Sich näher mit Fragen der städtebaulichen Kriminalprävention zu beschäftigen, darf nicht dazu führen, Quartiersentwicklung vor allem unter Sicherheitsgesichtspunkten zu betreiben – der Ansatz dient hier vor allem dazu, Tatgelegenheiten zu verhindern und das Wohnumfeld auf die vielseitigen Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer hin zu gestalten. Darüber hinaus gilt: Nicht jedes Problem, das unter dem „Etikett“ (Un-)Sicherheit gehandelt wird, hat dort auch tatsächlich seine Ursachen. Mitunter werden unter der Überschrift „Sicherheit“ andere – diffuse – (Stadtteil-)Probleme verhandelt, etwa eine besondere Dynamik im Wandel des Quartiers, Gefühle von Fremdheit oder des sozialen „Abgehängtseins“ eines Stadtteils und seiner Bewohnerinnen und Bewohner. Und dabei gilt stets, dass gesellschaftliche Ursachen von Unsicherheit nicht allein auf lokaler Ebene beeinflusst werden können und diese Diskussionen daher (auch) auf anderen Ebenen zu führen sind.

Bei allen gegebenen Grenzen gilt jedoch, dass das eigene fachliche Handeln dazu beitragen kann, Wohnumfeld und Nachbarschaft sicherer und lebenswerter zu gestalten. Es zeigt sich, dass lokale Sicherheitsarbeit insbesondere dann nachhaltige Effekte erzielt, wenn sie mit Sicherheit thematisierte Situationen eben nicht (nur) als Sicherheitsthemen begreift. Sie sollte vielmehr einer ganzheitlichen Betrachtung zugrunde liegen und dabei kriminalpräventive, gestalterische sowie soziale Strategien und Maßnahmen verknüpfen. Dies wiederum erfordert eine Zusammenarbeit von Akteuren über Fachgrenzen und Institutionen hinweg.

Kooperationen für ein sicheres Wohnumfeld

Kein Akteur kann alleine für Sicherheit sorgen, sondern nur im Zusammenspiel mit anderen. Für Sicherheit im Wohnquartier übernehmen zentrale Funktionen vor allem die Vertreterinnen und Vertreter der Polizei, der Wohnungsunternehmen und der Kommune mit ihren unterschiedlichen Fachbereichen. Sie prägen zu großen Teilen die Ausgestaltung des öffentlichen Raumes, die Formen des lokalen Zusammenlebens und die Verhinderung von Straftaten. Für ein zielgerichtetes Sicherheitshandeln, das die Lebensqualität der dort wohnenden Menschen verbessert, ist die Zusammenarbeit dieser Akteure eine wichtige Rahmenbedingung.

Zusammenarbeit und integrierte Maßnahmen

Durch interdisziplinäre Zusammenarbeit lassen sich einzelne Maßnahmen der Beteiligten gezielt aufeinander abstimmen und koordiniert umsetzen. Die Maßnahmen zu verbinden schafft dabei einen Mehrwert, das heißt, es lässt sich gemeinsam mehr erreichen als durch die jeweils einzelnen Maßnahmen allein. Wenn bei einer entsprechenden Problemlage beispielsweise die anstehende Neugestaltung eines öffentlichen Platzes mit aufsuchender Jugendarbeit und darauf abgestimmter Vor-Ort-Präsenz der Polizei verknüpft wird, greifen Planungs-, Umsetzungs- und Nutzungsphase gezielt ineinander. Im Ergebnis können sichere und lebenswerte Räume entstehen.

Im Zuge einer solchen Zusammenarbeit lernen die Kooperationspartnerinnen und -partner voneinander. Zwischen den zentralen Akteuren von Polizei, Wohnungswirtschaft und den kommunalen Fachbereichen bestehen in der Regel Arbeitskontakte in ganz typischen Konstellationen: Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Ordnungsverwaltung ist meist eng, die Abstimmungen zwischen der kommunalen Planung und der Wohnungswirtschaft erprobt und diejenigen zwischen Jugend-, Schul- und Sozialverwaltung verankert. Die für ein sicheres Wohnumfeld und eine sichere Nachbarschaft ebenso wichtigen Kooperationen jenseits dieser Verbindungen sind dagegen kaum etabliert, häufig sporadisch oder fehlen ganz.

Die Gründe hierfür sind vielfältig. Meist wurde ein gemeinsames Arbeiten von vermeintlich fachfernen Akteuren schlicht noch nie aktiv angestoßen. Häufig liegen auch noch keine Erfahrungen dazu vor, welchen Mehrwert die gemeinsame Tätigkeit für sichere Quartiere schafft. Mitunter hindert auch ein unzureichendes Verständnis der Handlungslogik des Gegenübers die Zusammenarbeit. Womöglich behindern Vorurteile oder ein fehlendes Wissen über die Grundlagen, Gegenstände, Methoden und Handlungsreichweiten der anderen Beteiligten eine engere Kooperation. Gemeinsames Arbeiten an einem konkreten Thema oder einem konkreten Ort hilft, solche Hindernisse zu überwinden, denn die Gemeinsamkeiten liegen auf der Hand: Egal ob

Polizei, Wohnungswirtschaft, Stadtplanungs-, Jugend- oder Ordnungsamt – sie alle haben das Ziel, sichere und lebenswerte Räume für die Bewohnerinnen und Bewohner zu schaffen.

In der praktischen Zusammenarbeit der Verantwortlichen schärft sich das Verständnis für diejenigen Partnerinnen und Partner, die, wie man selbst, für ein sicheres Wohnumfeld und eine sichere Nachbarschaft Sorge tragen. Die Netzwerkbildung zwischen den Akteuren städtischer Sicherheitsproduktion ist daher auch ein sozialer Prozess und nicht nur eine Frage der funktionalen Arbeitsorganisation. Eine solche Netzwerkbildung erlaubt integrierte Konzepte, welche die verschiedenen sicherheitsprägenden Aspekte von vornherein zusammen denken. Sich frühzeitig abzustimmen ermöglicht es, die sicherheitsrelevanten Hinweise anderer Partnerinnen und Partner bereits in der eigenen Planungs- und Konzeptionsphase zu berücksichtigen. Hierauf aufbauend ist es entscheidend, kriminalpräventive Konzepte nicht als zusätzlichen, sondern als integralen Bestandteil in die tägliche Arbeit der Verantwortlichen vor Ort „einzubauen“. Wenn eine Zusammenarbeit mit anderen Sicherheitsverantwortlichen im Arbeitsalltag etabliert ist – z. B. die Polizei bei Platzumgestaltungen wie selbstverständlich frühzeitig hinzugezogen wird oder Jugendhilfe und Wohnungsunternehmen regelmäßig gemeinsame Angebote für Kinder und Jugendliche konzipieren –, trägt dies maßgeblich zu einem sicheren Wohnumfeld und sicheren Nachbarschaften bei.

Formen und Maßnahmen lokal anpassen

Die jeweiligen Formen der Zusammenarbeit sind dabei lokal zu bestimmen. Zu unterschiedlich sind die Ausgangslagen der Städte und Gemeinden, je nach Größe und städtebaulicher Erscheinung, nach Struktur der Einwohnerschaft und politischen Rahmenbedingungen und auch nach Aspekten, welche Akteure vorhanden sind, welche Netzwerke bereits existieren und wer einen Netzwerknotenpunkt bilden kann.

Es empfiehlt sich jedoch stets, ein Kompetenzteam aus Polizei, Wohnungsunternehmen und denjenigen kommunalen Verwaltungsbereichen zu bilden, die für Sicherheit und Quartiersentwicklung Sorge tragen, wie Stadtplanungs-, Sozial- und Ordnungsämter. Ein bestehendes kriminalpräventives Gremium eignet sich besonders dafür, eine Koordinationsrolle für dieses Netzwerk zu übernehmen – aber auch die Stadtplanungs- oder Sozialverwaltung kann einen solchen Netzwerknoten bilden. Zentrale Aufgabe dieses Kompetenzteams ist es, die „Fäden“ zueinander aufrechtzuerhalten. Deswegen ist es empfehlenswert, das gemeinsame Netzwerk auch strukturell abzusichern. Egal, ob regelmäßig oder anlassbezogen – entscheidend ist, die

anderen Partner frühzeitig in eigene Überlegungen einzubeziehen, geplante Vorhaben und anstehende Planungen zu vermitteln und die Kompetenz des Netzwerkes für die eigene Arbeit zu nutzen.

Die gemeinsam abzustimmenden Maßnahmen für ein sicheres Wohnumfeld und eine sichere Nachbarschaft hängen vom jeweiligen Anwendungsfall ab. Die Individualität der einzelnen Quartiere und Räume bildet dabei den Ausgangspunkt. Die entscheidende Frage ist dann nicht mehr nur: „Was hat sich anderswo bewährt?“, sondern auch: „Was passt zu uns und unserer Situation?“. Dabei bleibt es wichtig, auf belastbaren empirischen Grundlagen aufzubauen: Sorgsam interpretierte polizeiliche Daten, (methodisch fundierte) Bürgerbefragungen, kriminologische Erkenntnisse und positiv evaluierte Programme sind für eine angemessene Prävention und Reaktion unabdingbar. Dem sind aber stets die eigene Kultur der Zusammenarbeit und die verfügbaren Ressourcen an die Seite zu stellen. Beispiele aus dieser Handreichung und anderen Quellen liefern hierfür wertvolle Ansatzpunkte.

In der stärkeren Zusammenarbeit von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune liegen große Potenziale, um die Lebensqualität in den Quartieren zu verbessern: indem der Aspekt der Sicherheit für die eigene Arbeit immer wieder bewusst reflektiert wird, indem das Fachwissen der anderen Partner und Partnerinnen explizit einbezogen wird und indem der Mehrwert einer regelmäßigen Abstimmung zwischen Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune offensichtlich wird.

Soziale Vernetzung im Quartier fördern

- Gibt es Anlauf- und Vernetzungsstellen im Wohnumfeld, wie beispielsweise ein Quartiersbüro, eine dezentrale Außenstelle z. B. des Jugendamtes oder ein Stadtteilzentrum das als „Anlaufpunkt“ für die Förderung der nachbarschaftlichen Vernetzung geeignet ist?
- Bietet das Wohnungsunternehmen Räume oder Treffs an, die eine soziale Nachbarschaftsbildung unterstützen? Führt das Wohnungsunternehmen Veranstaltungen im Wohnumfeld durch, die das Kennenlernen und den Austausch zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern fördern
- Kann die Polizei auf präventive Konzepte zur Unterstützung der sozialen Wohnnachbarschaft zurückgreifen? Ist sie im Konfliktfall schnell vor Ort, um den sozialen Frieden wieder herzustellen?

Das Sicherheitsempfinden der Bewohnerinnen und Bewohner wird neben der baulichen Gestaltung des Wohnumfeldes durch die Möglichkeit der sozialen Kontaktaufnahme in der Nachbarschaft geprägt. Zusätzlich zum nachbarschaftlichen Miteinander der Bewohnerschaft ist „die Stadt der kurzen Wege und Erreichbarkeiten“ wichtig. Sie erlaubt eine reibungslose und schnelle Kontaktaufnahme zu einzelnen Institutionen im Wohnumfeld – gleichfalls ein Aspekt, mit dem das Sicherheitsempfinden gestärkt werden kann. Anlaufstellen können Quartiersbüros, Stadtteil- oder Jugendzentren sowie Beratungsstellen sozialer Träger sein. Der präventive Ansatz setzt hier darauf, individuelle soziale Problemlagen abzuschwächen oder ihr Entstehen zu verhindern, wodurch auch Konfliktsituationen im öffentlichen Raum minimiert werden. Die Anlauf- und Vernetzungsstellen bilden dabei Knotenpunkte, die auch weitere Akteure vor Ort aktiv einbeziehen können.

Das nachbarschaftliche Miteinander wird auch durch passende bauliche Gelegenheiten im Außenraum gefördert – etwa Treffpunkte, Sitzgelegenheiten oder Ähnliches. Förderlich sind außerdem Nachbarschaftstreffpunkte, die zur Vermietung angeboten werden oder die den Bewohnerinnen und Bewohnern in Eigenverantwortung zur Verfügung gestellt werden.

Die Mitwirkung der Polizei bei der sozialen Vernetzung im Quartier kann sowohl die Aufgabenbereiche der Kontaktbeamtinnen und Kontaktbeamten vor Ort umfassen als auch Aufgaben der Beauftragten für Kriminalprävention. In diesem Zusammenhang ist der Informationsaustausch der Akteure untereinander von großer Bedeutung. Die Polizei kann hierbei ihr Beratungsangebot zu konkreten Phänomenen oder Deliktsbereichen (wie Wohnungseinbruchdiebstahl, Drogenhandel und -konsum, Enkeltrick usw.) bei Bedarf einbringen. Darüber hinaus ist gemeinsam zu prüfen, inwieweit die Expertise der Polizei hilfreich sein kann, um soziale Probleme vor Ort zu verhindern. Zu klären ist auch, ob die Polizei im Konfliktfall frühzeitig vor Ort sein kann.

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Das nachbarschaftliche Miteinander wird gestärkt, wenn die sozialen Kontakte der Bewohnerinnen und Bewohner untereinander aktiv gefördert werden. Die daraus resultierende positive soziale Kontrolle und die gegenseitigen Unterstützungsleistungen der Bewohnerinnen und Bewohner tragen maßgeblich zur subjektiven Sicherheit im Quartier bei.

Regelmäßige Quartiers- oder Stadtteilrunden sowie Beteiligungsverfahren unterstützen

- Unterstützt die kommunale Verwaltung regelmäßige Quartiers- oder Stadtteilrunden, bei denen lokale Akteure und Bewohnerschaft zusammenkommen, um sich auszutauschen? Ist sie mit den relevanten Verwaltungsbereichen hierbei präsent?
- Befördert die Wohnungswirtschaft solche regelmäßigen Runden? Informiert sie dort über aktuelle Entwicklungen und Planungen?
- Ist die Polizei feste Teilnehmerin in einer solchen Runde und übernimmt sie dort eine aktive Rolle?

Das Leben in der Stadt und damit die Anforderungen an städtische Räume verändern sich rasant – während bauliche Strukturen eher auf Langlebigkeit ausgerichtet sind. Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass sich Frage- und Aufgabenstellungen in kürzester Zeit verändern und städtische Räume eine Vielzahl unterschiedlicher Anforderungen erfüllen müssen. Stadtquartiere und deren Wohnumfeld sind nicht immer auf diese dynamischen Entwicklungen und die damit einhergehenden veränderten Sicherheitsanforderungen vorbereitet. Daher ist es entscheidend, sich in regelmäßigen Quartiers- und Stadtteilrunden gemeinschaftlich über anstehende Veränderungen und Aufgaben auszutauschen, somit auch über angemessene kriminalpräventive Konzepte und den passenden Umgang mit aktuellen Entwicklungen.

Zu zahlreichen Fragen in der Quartiers- und Stadtteilarbeit ist die Expertise der Bewohnerinnen und Bewohner einzuholen, wenn nachhaltige Lösungen entstehen sollen. In den Stadtteilrunden können Nutzungskonflikte thematisiert und Hintergründe mit Verantwortlichen sowie der Bewohnerschaft diskutiert werden; dies erleichtert das gegenseitige Verständnis. Über die Quartiers- und Stadtteilrunden erhalten die Verantwortlichen einen Einblick in die alltägliche Lebenswelt der Bewohnerschaft; dies fördert Maßnahmen, die stärker an den realen Bedarfen ausgerichtet sind. Die Möglichkeit, über das eigene Umfeld mitzubestimmen, kann die Bewohnerinnen und Bewohner zu weiterem gesellschaftlichem Engagement motivieren und damit auch die subjektive Sicherheit

erhöhen. Bei der Durchführung von Partizipationsverfahren ist darauf zu achten, dass die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen gleiche Möglichkeiten zur Teilnahme haben. Zu diesem Zweck sind geeignete Methoden zu wählen bzw. zu entwickeln. Der Planungsprozess und das Ergebnis sind dabei von gleichrangiger Bedeutung – denn nur, wenn die Beteiligung ernst genommen wird und transparente Entscheidungen hervorbringt, können die Ergebnisse zur Verbesserung beitragen.

Wenn es gelingt, diese Hinweise, Problemwahrnehmungen und Meinungsbilder aus den Quartieren als kontinuierlichen Input in die tägliche Arbeit der Verantwortlichen vor Ort zu integrieren, lassen sich bereits frühzeitig Tatgelegenheitsstrukturen minimieren und das Sicherheitsempfinden stärken. Um diese Gesichtspunkte sinnvoll einzubinden, hat es sich bewährt, ein „Kompetenzteam“ zu etablieren. Ein solches Kompetenzteam besteht idealtypisch aus Vertreterinnen und Vertretern von Polizei und den kommunalen Fachbereichen Ordnung, Stadt- und Freiraumplanung, Sozialplanung, dem Raummanagement sowie dem kommunalen (Kriminal-)Präventionsrat. Das Kompetenzteam stellt eine strukturierte Kommunikation untereinander sicher. Es sorgt dafür, dass geplante Maßnahmen aus dem eigenen Arbeitsbereich den anderen Mitgliedern bekannt sind und deren fachliche Hinweise berücksichtigt werden. Im Kompetenzteam werden gegenseitig Informationen aus dem Quartier vermittelt, die jeder Akteur in seiner jeweiligen fachlichen Arbeit wahrnimmt oder die über regelmäßige Quartiersrunden an die Verantwortlichen herangetragen werden. Gemeinsam lässt sich die Arbeit des Kompetenzteams anlassbezogen im Hinblick auf konkrete Ereignisse oder anstehende Planungen ausrichten.

Direkte Ansprechpartner für Bewohnerinnen und Bewohner schaffen

- Sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im bzw. für das Quartier tätig, um die lokale Netzwerkbildung zu unterstützen und eine Schnittstelle zwischen Bewohnerschaft und Verwaltung herzustellen?
- Gibt es Ansprechpartner vor Ort (Hausmeister, Concierge o.ä.), die für die Bewohnerinnen und Bewohner als Ansprechperson vor Ort zur Verfügung stehen, die Situation und Entwicklungen des Quartiers beurteilen können, und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Zentrale ggf. über örtliche Bedarfe informieren?
- Ist die Polizei im Quartier präsent und regelmäßig ansprechbar, z. B. über eine Kontakt(bereichs)beamtin oder einen -beamten (KOB) oder über Beauftragte für Kriminalprävention (BfK)? Lassen Aufgabenvielfalt und Gebietszuschnitt ausreichend Raum für den direkten Kontakt mit den Bewohnerinnen und Bewohnern?

Das Sicherheitsempfinden der Bewohnerinnen und Bewohner kann unterstützt werden, indem ihnen eine einfache und direkte Kontaktaufnahme zu entsprechenden Verantwortlichen angeboten wird.

Für alle Akteure empfiehlt es sich daher, konkrete Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für lokale Belange situations- und anlassbedingt vorzusehen.

Beispielsweise gehört im Rahmen der Programmgebiete der Sozialen Stadt die Einrichtung eines Quartiersmanagements zu den typischen Elementen. Zu den Aufgaben des Quartiersmanagements zählen sowohl aktivierende Maßnahmen im Stadtteil, wie beispielsweise Bewohnerinnen und Bewohner sowie Schlüsselpersonen im Quartier in lokale Projekte einzubeziehen, als auch die Förderung sozialer Kontakte. Das Quartiersmanagement kann dabei unterstützen, permanente Bürgertreffs (oder Stadtteilläden) einzurichten sowie Veranstaltungen für unterschiedliche Zielgruppen oder Nachbarschaftshilfe zu organisieren. Über Begegnungen und Kommunikationsmöglichkeiten im Stadtteil lassen sich Probleme häufig auf kurzem Weg lösen oder auch konkrete Vorhaben unterstützen und „anschieben“. Das Quartiersmanagement ist zudem eine wichtige Informationsschnittstelle zwischen der Bewohnerschaft und der kommunalen Verwaltung. Auch jenseits einer entsprechenden Förderkulisse kann eine Schnittstellenfunktion wahrgenommen werden: durch regelmäßig vor Ort präsente Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner der kommunalen Verwaltung oder durch im Quartier bekannte und direkte Kommunikationswege zu den Verantwortlichen.

Seitens der Wohnungsunternehmen wird in Wohnquartieren häufig ein sogenannter Kümmerer eingesetzt, der den Bewohnerinnen und Bewohner für Fragen rund um das Thema Wohnen zur Verfügung steht. Er kann Aufgaben übernehmen, die sich je nach Größe und Zuständigkeit des Wohnungsunternehmens unterscheiden: von kleinen Hausmeistertätigkeiten bis hin zur Postannahme. In größeren, anonymen Wohnkomplexen trägt beispielsweise ein Concierge dazu bei, dass unerwünschte Zutritte verhindert werden und der Zugang kontrolliert wird. Durch einen entsprechenden Verantwortlichen vor Ort werden Wohnungsunternehmen für die Mieterinnen und Mieter persönlich präsent. Eine solche Person kann unmittelbar den Kontakt zu den passenden Akteuren des Wohnungsunternehmens oder zu Einrichtungen für wohnbegleitende Dienstleistungen herstellen. Sie stellt sicher, dass auch kleinere Hinweise über Entwicklungen im Quartier an die entsprechenden Stellen weitergegeben werden. So werden frühzeitig Maßnahmen möglich und lassen sich kleinere Störungen unmittelbar beseitigen.

Bei der Polizei findet der direkte Kontakt im Quartier über die Kontaktbeamtin und den Kontaktbeamten (KOB) statt. Zu deren Aufgaben gehört es, für die Probleme der Bürgerinnen und Bürger vor Ort ansprechbar zu sein. Durch die Streifengänge zu Fuß wird der direkte Kontakt – im Gegensatz zur motorisierten Streife – maßgeblich unterstützt. Ihre täglichen Einsätze und Rundgänge machen die Kontaktbeamtinnen und Kontaktbeamten im Quartier bekannt und geben der Polizei ein „Gesicht“.

Durch ihre Uniform sind sie für die Bürgerinnen und Bürger identifizierbar und in ihrer Funktion stets ansprechbar. Sie übernehmen eine wichtige sicherheitsrelevante Funktion für alle Bürgerinnen und Bürger und auch für die anderen Akteure. Die KOBs erfüllen daher in verschiedener Hinsicht eine wichtige Schnittstellenfunktion. KOBs sind lebensweltnah, orts-/raumbezogener und daher auch inhaltlich-thematisch den kommunalen Akteuren näher als andere Teile der Polizei mit spezifischen Sicherheitsaufgaben

Sicherheitsrelevante Aspekte frühzeitig in (städte-)bauliche Planungen und Maßnahmen einbeziehen

- Ist in der Ablauf- und Zeitplanung (städte-)baulicher Planungen und Maßnahmen sichergestellt, dass interdisziplinäre Fachexpertise – beispielsweise die der Polizei – frühzeitig einbezogen werden kann, so dass deren Impulse in das weitere Verfahren einfließen können?
- Bestehen definierte Abläufe, um sich bei eigenen baulichen Vorhaben in einem frühen Stadium mit den betreffenden kommunalen Akteuren und der interdisziplinären Fachexpertise abzustimmen?
- Ist von polizeilicher Seite sichergestellt, dass die eigene fachliche Perspektive frühzeitig in Neu- und Umbaumaßnahmen im Quartier eingebracht werden kann? Wird dazu ein kleinräumiges Kriminalitätslagebild erstellt? Ist den anderen Akteuren ein konkreter Ansprechpartner für die polizeiliche Fachberatung zur Kriminalprävention im Städtebau bekannt?

Kriminalpräventive Aspekte sind auf allen drei Ebenen der Prävention von Bedeutung. In der sogenannten Primärprävention geht es vor allem um die Festlegung sicherheitsrelevanter Kriterien in Planungsphasen, damit Tatgelegenheiten und Kriminalitätsrisiken schon im Vorfeld minimiert werden können. Dies betrifft nicht nur Um- sondern auch Neubaumaßnahmen. Aufgaben in der Sekundärprävention umfassen die Früherkennung von Störungen und deren Vorbeugung. Hier können Interventionsmaßnahmen zur Unterstützung entwickelt werden, um Räume und Nutzende zu stärken. In der Tertiärprävention werden kriminalpräventive Maßnahmen bei konkreten Problemlagen angewendet. Erforderlich sind Maßnahmenkonzeptionen, die Problemsituationen und -konstellationen – wie Unsicherheit hervorrufoende bauliche Gegebenheiten oder deviantes Verhalten – entschärfen und weiterführenden Problemen vorbeugen.

Insbesondere die frühen Planungsphasen bieten Möglichkeiten, wichtige sicherheitsrelevante Weichenstellungen vorzunehmen. Entscheidend ist es daher, sicherheitsrelevante Aspekte für Wohnumfeld und Nachbarschaft bereits in Neu- und Umgestaltungskonzepten einzubinden. Fälschlicherweise wird häufig angenommen, dass die Sicherheitsthemen erst zu einem späteren Zeitpunkt – der konkreten Objektplanung, der Bauausführung oder der Nutzung – relevant werden. Immer deutlicher wird den Verantwortlichen jedoch, dass diese Aspekte bereits zu einem früheren Zeitpunkt von Bedeutung sind, beispielsweise beim städtebaulichen Entwurf, der Aufstellung eines Bebauungsplans oder der Erarbeitung eines integrierten Handlungs- oder Entwicklungskonzepts.

Fragen, welche Aspekte und Kriterien in welcher Planungsphase und für welche Disziplin relevant sind, lassen sich in einem dialogischen Verfahren klären, an dem alle Verantwortlichen beteiligt sind, die für Sicherheit im Quartier Sorge tragen oder mit ihren Maßnahmen Einfluss darauf nehmen.

Ein entsprechendes Kompetenzteam aus Vertreterinnen und Vertretern von Polizei und den kommunalen Fachbereichen Ordnung, Stadt- und Freiraumplanung, Sozialplanung, dem Raummanagement sowie dem kommunalen (Kriminal-)Präventionsrat bildet hier eine ideale Ausgangssituation. Wesentliche Voraussetzung, um kriminalpräventive Gesichtspunkte frühzeitig in die Gestaltung von Wohnumfeld und Nachbarschaft einfließen zu lassen, ist die Kenntnis über anstehende Planungsaufgaben, Themen und Problemsituationen bei den jeweils anderen Fachakteuren. Ein regelmäßig zusammentreffendes Kompetenzteam kann dies sicherstellen.

Bestehende Arbeitshilfen und Kriterienkataloge nutzen, um Sicherheitsaspekte systematisch zu berücksichtigen

- Sind Kriterienkataloge und Arbeitshilfen zur städtebaulichen Kriminalprävention bekannt? Werden sicherheitsrelevante Kriterien explizit bei der Entwicklung neuer oder der Erneuerung bestehender Quartiere berücksichtigt?
- Spielen neben der Verkehrssicherungspflicht auch sicherheitsrelevante Aspekte aus dem Bereich der Kriminalprävention eine Rolle? Werden technische und bauliche Sicherheitsaspekte eingehalten? Sind Richtlinien und Kriterien zur Verhinderung von Wohnungseinbruch bekannt, und werden die Mieter_innen und Mieter über dieses Thema informiert?
- Sind den Polizeibeamtinnen und -beamten Maßnahmen und Aspekte der Kriminalprävention im Städtebau bekannt und werden diese zur Verhinderung von Tatgelegenheiten einbezogen? Sind die Polizeibeamtinnen und -beamten ausreichend informiert (z. B. mit einer Info-Mappe über Möglichkeiten der polizeilichen Beteiligung, 10 goldene Regeln für sicheres Wohnen)? Wird auf Hinweise der Kommission polizeiliche Kriminalprävention zurückgegriffen?

Bundesweit existieren bereits Kriterienkataloge, Checklisten, Handreichungen und Arbeitshilfen zum Themenfeld „Sicherheit im Städtebau“, auf die zurückgegriffen werden kann. Zahlreiche Leitfäden beschäftigen sich schwerpunktmäßig mit technischen Sicherheitsaspekten, andere verknüpfen bereits auch städtebauliche und soziale Gesichtspunkte.

Oft wurden solche Arbeitshilfen und Kriterienkataloge auf den lokalen Kontext bezogen oder innerhalb der einzelnen Disziplinen entwickelt. So hat die Polizei beispielsweise Informationsmaterialien zu bestimmten deliktischen Ereignissen erarbeitet, und Wohnungsunternehmen bieten Empfehlungen für Hausordnungen und Regeln. Andere Handreichungen beziehen sich auf ganz konkrete städtebauliche Situationen. Es bietet sich für Verantwortliche aller Fachdisziplinen an, diese Leitfäden auf den eigenen fachlichen und lokalen Kontext hin zu überprüfen und gegebenenfalls zu übertragen. Je nach Planungsstand, Arbeitsgruppe und Vorwissen können einzelne Aspekte sinnvoll sein, andere in der aktuellen Situation ausgeblendet werden.

Arbeitshilfen und Kriterienkataloge lassen sich nur dann wirkungsvoll einsetzen, wenn es einen breiten Konsens über ihre Sinnhaftigkeit und ihren Mehrwert gibt. Wenn die in ihnen enthaltenen „Checks“ nicht nur schematisch abgearbeitet werden, sondern eine aktive Auseinandersetzung mit ihnen stattfindet, lassen sich errungene Erkenntnisse nachhaltig in bestehende Arbeitsabläufe implementieren. Solche Kriterienkataloge im Zuge eines gemeinsam entwickelten Vorgehens anzuwenden und zu prüfen, beispielsweise über die Methode der interdisziplinären Vor-Ort-Begehung, hilft auch dabei, Kontaktschwellen zwischen den Akteuren abzubauen, schafft Anlässe für ein weiteres Kennenlernen und erweitert den eigenen fachlichen Horizont.

Nähere Hinweise zu einzelnen Kriterienkatalogen, Arbeitshilfen und Checklisten finden Sie in am Ende dieser Broschüre unter: „Zur Vertiefung: Handreichungen und Checklisten“.

Verbindungen von Planungs- und Nutzungsphasen berücksichtigen

- Werden bei der Neugestaltung des öffentlichen Raums nutzungsorientierte Perspektiven aller Beteiligten in die Planungs- und Umsetzungsphase einbezogen? Wird die Nutzung neugestalteter öffentlicher Räume so begleitet, dass Handlungsmöglichkeiten bestehen, wenn Nutzungskonflikte die Sicherheit beeinträchtigen?
- Werden die Außenräume von Wohnanlagen (Wohnumfeld) in sicherheitsrelevante Überlegungen einbezogen? Werden Vor-Ort-Erfahrungen und -bewertungen erfragt und potenzielle Nutzerinnen und Nutzer sowie lokale Einrichtungen bei der Planung der Außenräume beteiligt?
- Kann die Polizei ihre Fachexpertise in Neu- oder Umbauplanungen einbringen? Nutzt sie ihre Möglichkeiten, z. B. im Rahmen der Beteiligung als Träger öffentlicher Belange (TÖB)? Sind die entsprechenden Beamtinnen und Beamten ausreichend qualifiziert, um mögliche Problemstellen einer späteren Nutzung zuerkennen und auf diese hinzuweisen?

Ein Planungsprozess - unabhängig davon, ob es sich um eine Neu- oder Umbaumaßnahme handelt - durchläuft verschiedene Phasen, die zeitlich variieren. Innerhalb dieser Phasen ändern sich Zuständigkeiten und Verantwortungszuschreibungen. Eine Aufgliederung in Planungs-, Bau- und Nutzungsphase birgt jedoch die Gefahr, den Blickwinkel zu verengen und die eigene fachliche Verantwortung allein in bestimmten Phasen zu verorten. Für sichere und lebenswerte Räume ist jedoch gerade ein Zusammenspiel aller Phasen bedeutsam.

Das Umsetzen einer Maßnahme kann nur dann als erfolgreich eingestuft werden, wenn der erforderliche Sicherheitsaspekt den gesamten Planungsprozess überdauert. Das heißt, es muss abgestimmt werden, wie Maßnahmen weitergeleitet werden. Am Ende einer Maßnahme muss das, was umgesetzt wurde, dann auch sichtbar sein.

Die dynamischen Entwicklungen in Städten und Wohnquartieren, die prognostizierte demografische Entwicklung, die ethnisch-kulturelle Vielfalt und die sozialräumliche Polarisierung verdeutlichen, mit welchen Anforderungen und Bedarfen der Stadtraum konfrontiert ist. Eine immer vielfältigere Stadtgesellschaft richtet auch Ansprüche an den Stadtraum, die sich immer weiter ausdifferenzieren. Es wird daher immer wichtiger, neben der Fachexpertise auch die Perspektive der Bewohnerinnen und Bewohner – als Experten in eigener Sache – in die Planung einzubeziehen. Die Nutzung sollte sich nicht der Gestaltung anpassen müssen. Wenn die verschiedenen Bedarfe der potentiellen Nutzerinnen und Nutzer zur Grundlage der Planung werden, können sich die funktionalen und baulichen Umsetzungen an diesen Bedarfen ausrichten. Dies ermöglicht es, akzeptierte und nutzbare Räume zu schaffen. Ein solcher Perspektivenwechsel hält Chancen für vielseitige Aneignungsmöglichkeiten bereit. Er trägt damit zu einer intensiven Nutzung des öffentlichen Raumes bei, welche die Sicherheit erhöht.

Es geht bereits in der Planungs- und Umsetzungsphase darum, auch die Nutzungsphase vorzubereiten. Baustellenführungen oder „Mitmachbaustellen“ etwa bei Spielplätzen sind Instrumente, die eine Identifikation mit dem neuen Ort frühzeitig unterstützen. Lokale soziale und kulturelle Akteure können häufig noch bewusster als bisher bereits in die Planungsphase einbezogen werden. Schon frühzeitig geht es darum, mit ihnen gemeinsam herauszufinden, wie sie den neuen Raum nutzen und „bespielen“ wollen und können. Spezifische Fachexperten, wie etwa die Polizei können ihr Fachwissen zu Aneignungs- und Nutzungsmustern bereits hilfreich in die Planung einbringen. Nicht überall gehört jedoch die Polizei zu den Trägern öffentlicher Belange (TÖB) oder wird bei Platzgestaltungen automatisch einbezogen. Wertvolle Hinweise, etwa zu möglichen Nutzungskonflikten, könnten so jedoch frühzeitig berücksichtigt werden.

Direkte Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen aus Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune suchen

- Ist bekannt, welche Ansprechpartner bei Polizei und Wohnungsunternehmen für Sicherheitsthemen direkt kontaktiert werden können? Wird diese Möglichkeit wahrgenommen?
- Sind konkrete Ansprechpartner für kriminalpräventive Aspekte bei der Kommune und der Polizei persönlich bekannt?
- Kann auf Kontaktdaten der fachlich für Kriminalprävention im Städtebau, Zuständigen in der Kommune und den Wohnungsunternehmen zurückgegriffen werden? Bestehen hier bereits bewährte Arbeitszusammenhänge?

Die Zusammenarbeit der Akteure – nicht nur beim Thema Sicherheit im Wohnumfeld – wird erleichtert, wenn die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den jeweiligen Institutionen bekannt sind. Manchen Beteiligten ist nicht bewusst, dass es bei der Polizei eine Ansprechperson für die Beratung zu Kriminalprävention gibt, dass die Kommune in den verschiedenen Ämtern Personal hat, das auch das Thema Sicherheit im Wohnumfeld bearbeitet, und dass die Wohnungsunternehmen über entsprechende Verantwortliche verfügen.

Es macht nach aller Erfahrung einen Unterschied, ob die jeweilige Ansprechperson persönlich gekannt wird oder lediglich mit Namen in einer Telefonliste aufgeführt ist. Nicht in allen Fällen besteht zwischen den für Sicherheit Verantwortlichen ein solcher persönlicher Kontakt. Zwischen vielen Akteuren gab es noch keinen Anlass für einen direkten Erstkontakt. Oder aber es wird nur über schriftliche oder formelle Wege kommuniziert, beispielsweise im Rahmen der Beteiligung von Trägern öffentlicher Belange bei Bauleitplanverfahren.

Diese wenig gefestigten Kontakte erlauben keinen solchen Informationsfluss, wie er für frühzeitige Interventionen erforderlich ist. Kleinere Hinweise, Voranfragen oder Informationen werden häufig nicht weitergegeben, sind sie doch für formelle Kommunikationsschritte vermeintlich nicht relevant oder zum jeweiligen Zeitpunkt noch nicht bedeutend genug, aber für eine niedrigschwellige direkte Kontaktaufnahme fehlen die Zugänge. Zwischen den Akteuren bleibt damit eine gewisse Distanz bestehen. Dies führt zu Informations- und Abstimmungsdefiziten. Hilfreiche Informationen in einem frühen Stadium eines Prozesses oder auch Beobachtungen, Feststellungen oder Einschätzungen werden so nicht mitgeteilt und weitergegeben.

Insbesondere in Prozessabläufen wie der Bauleitplanung oder dem städtebaulichen Entwurf ist ein enger Austausch zu einem frühen Zeitpunkt im Verfahren meist ergiebig. Hier können Impulse aus der Sicht der anderen Fachexpertinnen und Experten noch weichenstellend berücksichtigt

werden, beispielsweise polizeiliche Empfehlungen für einen kriminalitätsvorbeugenden Städtebau. In späteren Prozessphasen oder in formellen Verfahren sind umfassende Änderungen an der Planung nicht mehr möglich. Enge Kooperation und niedrigschwelliger Austausch ermöglichen hier eine frühzeitige Beteiligung im Vorfeld.

Hilfreich ist es also, die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den jeweiligen Institutionen persönlich zu kennen. Eine solche Form der „Beziehungsbildung“ entwickelt sich selten von selbst. Sie muss aktiv befördert werden, entweder über gemeinsame Projektarbeit oder über entsprechende Formate wie eine jährliche gegenseitige Vorstellung von Vorhaben, Strategien und Maßnahmen, gemeinsame Vor-Ort-Begehungen oder gemeinsame bzw. gegenseitige Weiterbildungen zwischen den Akteuren. Solche Verbindungen zu schaffen bedeutet, eine Kultur des Austauschs und der Zusammenarbeit zu etablieren. Dies erfordert seine Zeit und entwickelt sich langsam; so bilden sich aber ein gemeinsames Verständnis und eine entsprechende Verantwortung für eine sichere Stadt und sichere Quartiere heraus.

Das Themenfeld „Sicheres Wohnumfeld“ fachlich verankern und absichern

- Ist das Themenfeld in einem Fachbereich, beispielsweise bei der Stadtplanung oder in einem kriminalpräventiven Gremium, fachlich verankert? Wird das Berücksichtigen sicherheitsrelevanter Aspekte seitens Verwaltungsspitze und Stadtrat unterstützt?
- Wird das Thema durch die Geschäftsführung getragen? Ist die Fach- und Arbeitsebene in den einzelnen Abteilungen des Unternehmens (z. B. Technik, Mieterbetreuung) für die unterschiedlichen Aspekte der Thematik (technische Belange, soziale Belange, Pflege/Sauberkeit des Wohnumfelds) sensibilisiert?
- Ist das Themenfeld „Kriminalprävention im Städtebau“ im traditionellen Stellenprofil (BfK, SB Prävention, KOB) berücksichtigt (berührt maßgeblich die Themengebiete WED, Raub, Sicherheitsempfinden der Bevölkerung)? Wird dies durch die polizeiliche Führungsebene unterstützt? Ist eine regelmäßige interdisziplinäre Abstimmung zwischen den relevanten Akteuren in einem systematischen Verfahren sichergestellt?

Kooperationen zwischen Polizei, Wohnungsunternehmen und den kommunalen Stellen sind nur selten festgeschrieben. In der Alltagspraxis finden sich vor allem informelle Vernetzungen und Kontakte zwischen einzelnen Verantwortlichen. Vielen Handelnden auf der Arbeitsebene ist dabei bewusst, dass nur eine institutionenübergreifende Zusammenarbeit wirkungsvoll ist und diese auch die eigene Arbeit erleichtert und verbessert. Darauf aufbauend treiben diese Akteure die

Vernetzung untereinander voran. Einzelne Personen werden damit zu „Brückenköpfen“ einer Verbindung von Institutionen. Solche informellen Verbindungen und Netzwerke sind gut und hilfreich. Sie schaffen eine gewisse Verbindlichkeit zwischen den Handelnden, basieren auf einer hohen persönlichen Motivation und sind von gegenseitigem Verständnis und Offenheit geprägt. Ihre Schwachstelle ist jedoch stets ihre jeweilige Personenbezogenheit.

Ein personeller Wechsel, sei es durch berufliche Veränderungen oder aus Altersgründen, unterbricht oftmals diese gewachsenen Verbindungen. Wenn sich politische Prioritäten ändern oder Themenschwerpunkte in den Arbeitsbereichen verschieben, schwächt dies womöglich diese langandauernden Kooperationen, die später kaum mehr in dem wünschenswerten Maße reaktiviert werden können. Zudem gilt, dass auch das Thema raumbezogener Sicherheit Ressourcen benötigt und an vielen Stellen nur mit hoher Eigenmotivation „nebenher“ bearbeitet werden kann.

Die interne fachliche Verankerung des Themenschwerpunkts „Sicheres Wohnumfeld“ bei Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune und seine gleichzeitige Unterstützung seitens der Führungsebene und der Politik erweisen sich daher als unerlässlich, wenn die Kooperation der Akteure untereinander dauerhaft gewährleistet werden soll. Sicherheit muss dann „Chefsache“ werden und von dort getragen werden. Nur so lässt sich sicherstellen, dass die verschiedenen Akteure auf allen Ebenen das Thema im Rahmen ihrer Tätigkeit bearbeiten können und entsprechende (personelle) Ressourcen vorgehalten werden.

Zudem erweist es sich als sinnvoll, intern festzulegen – und damit auch in der Kommunikation nach außen erkennbar zu machen –, wer für das Thema ansprechbar ist. Dabei geht es nicht darum, jeweils einen „Sicherheitsbeauftragten“ zu benennen, der für alle sicherheitsrelevanten Aspekte in Planung und Umsetzung zuständig ist. Vielmehr gilt es den Kommunikationsfluss zum Thema Sicherheit von außen in die eigene Institution zu kanalisieren, an die entsprechenden Fachstellen weiterzutragen und das Thema intern als Querschnittsaufgabe zu verankern. Außerdem lässt sich über eine solche Verankerung gewährleisten, dass das Thema in der jeweiligen Institution präsent bleibt und in den unterschiedlichen fachlichen Zusammenhängen berücksichtigt wird. Das Thema Sicherheit soll intern vor allem dort thematisiert, in Erinnerung gerufen oder zum Gegenstand gezielter Sensibilisierung werden, wo es durch Maßnahmen und Projekte der eigenen Institution berührt wird. Dies sichert auch eine thematische Kontinuität über personelle Wechsel hinweg und verankert das Thema fest in den Institutionen.

Chancen einer modellhaften Zusammenarbeit für lokale Sicherheit nutzen

- Sind in naher Zukunft Vorhaben der Stadtentwicklung oder -erneuerung geplant, bei denen die städtebauliche Kriminalprävention beispielhaft berücksichtigt werden kann? Lassen sich kriminalpräventive Aspekte in aktuelle Schwerpunktgebiete der Stadtentwicklung gezielt integrieren? Werden die Akteure der Wohnungswirtschaft und der Polizei hierbei strukturell eingebunden?
- Sind umfangreichere Modernisierungs- und Erneuerungsmaßnahmen in eigenen Beständen vorgesehen? Kann die Kompetenz der kommunalen Fachverwaltung und der Polizei im Hinblick auf kriminalpräventive Aspekte gewinnbringend einbezogen werden?
- Besteht Kenntnis über gegenwärtige Programmgebiete der Städtebauförderung sowie über anstehende Planungen größerer Neu- und Umbaumaßnahmen in der Stadt? Kann die Polizei die Themen von Sicherheit und Unsicherheit im Quartier in den entsprechenden Abstimmungsrunden regelmäßig einbringen?

Die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune für sicheres Wohnumfeld und Nachbarschaften ist ein Prozess. Damit sich dieser entwickeln und vertiefen kann, benötigt es Anlässe und Möglichkeiten einer solchen Kooperation. Im Rahmen der Quartiersentwicklung bietet es sich an, ein solches integriertes und umsetzungsorientiertes Handeln in Gebieten der Städtebauförderung zu erproben. Vor allem in Gebieten des Programms „Soziale Stadt“ ist eine intensive Kooperation vor Ort bereits ein zentrales Arbeitsprinzip. Spezifische Finanzierungsmöglichkeiten erlauben es dort, gemeinsame Projekte zeitnah umzusetzen. Hierbei geht es in der Regel nicht primär um kriminalpräventive Themen, sondern um bauliche sowie soziale Maßnahmen und Projekte – diese können jedoch stets auch sicherheitswirksam sein. In diesem Zusammenhang bieten sich den Sicherheitsakteuren Chancen, durch Einbindung in die Quartiersentwicklung ihre eigenen Kompetenzen und die Sicherheitsperspektive einzubringen und andere Akteure auf sicherheitsrelevante Aspekte hinzuweisen. Dadurch können Maßnahmen mit Sicherheitsbezug miteinander abgesprochen, koordiniert und entsprechend angepasst werden.

Erfahrungen aus unterschiedlichen Handlungsbereichen zeigen: Wenn sich die beteiligten Akteure untereinander kennen, fördert dies kurze Abstimmungswege und ein Handeln nah an den Problemen vor Ort. Solcher Strukturen zu erproben ist insbesondere in Fördergebieten aber auch in Neubaugebieten möglich. Die Erfahrungen aus den modellhaft eingeübten Kooperationsstrukturen verbessern aber das Verständnis der Kooperationspartnerinnen und -partner füreinander und für die Handlungskompetenzen des jeweils anderen. Dadurch lässt sich das Sicherheitsverständnis der anderen Beteiligten besser nachvollziehen und erweitert den eigenen Blickwinkel.

Aus der eingeübten Kooperation in diesen Gebieten kann für das Handlungsfeld Sicherheit gelernt werden. Nicht etwa, weil diese Gebiete gegenüber anderen besonders kriminalitätsauffällig wären, sondern weil dort die integrierte und vernetzende Arbeit verschiedener Disziplinen einen besonderen Stellenwert im Rahmen der Quartiersentwicklung einnimmt. Es kann sich an diesen Kooperationsstrukturen orientiert werden und erprobte Strukturen der Abstimmung, welche auch die Partizipation der Bewohnerinnen und Bewohner beinhalten, in andere bestehende Quartiere und in Neubaugebiete übertragen werden.

Wird also ein Gebiet in ein Programm der Städtebauförderung neu aufgenommen, sollte der damit verbundene Aufbau von Kooperationsstrukturen bewusst als Chance genutzt werden, die Zusammenarbeit der Akteure im Handlungsfeld Sicherheit modellhaft zu erproben – um die Erkenntnisse anschließend stadtweit in bestehenden Quartieren oder in Neubaugebieten nutzen zu können. Es bietet sich in solchen Gebieten an zu prüfen, inwieweit ein Bedarf besteht, sicherheitsrelevante Aspekte explizit zu berücksichtigen, um diese bereits frühzeitig in Konzepte zu integrieren und die entsprechenden Netzwerke mit Vertreterinnen und Vertretern aus Polizei, Wohnungsunternehmen und den relevanten kommunalen Fachbereichen aufzubauen.

Regelmäßige Abstimmung in einem systematischen Verfahren sicherstellen

- Gibt es regelmäßige Abstimmungstermine zwischen den relevanten Akteuren? Werden dabei auch Aspekte der
- städtebaulichen Kriminalprävention besprochen? Finden diese Treffen turnusmäßig und anlassunabhängig statt?

Ein reibungsloser Informationsaustausch und gegenseitige Abstimmungen von Vorhaben und Strategien zwischen den Akteuren entscheiden in hohem Maße über sichere und als sicher empfundene Quartiere. Etablierte Verfahren, die dies sicherstellen, sind – z. B. bei größeren Baumaßnahmen oder im Umgang mit besonderen Gruppen im öffentlichen Raum – bedeutsam dafür, ob Probleme im Quartier frühzeitig erkannt werden und Maßnahmen optimal (ineinander) greifen können.

Somit empfiehlt es sich, entsprechende Verfahrensweisen strukturell zu verankern, wenn die Zusammenarbeit nachhaltig gesichert werden soll. Die Form einer fachlich-strukturellen Verankerung folgt keiner vorgegebenen Struktur. Sie ist je nach lokalen Bedingungen einzurichten. So haben sich in Städten verschiedene Modelle der regelmäßigen Abstimmung ergeben: von der gemeinsamen Absichtserklärung zur Kooperation im Rahmen städtebaulicher Kriminalprävention

von Polizei, lokaler Wohnungswirtschaft und Kommune über die Benennung von festen Ansprechpersonen für Sicherheitsthemen in den einzelnen Institutionen, fest vereinbarten und wiederkehrenden Abstimmungsterminen bis hin zur institutionellen Erweiterung vorhandener Facharbeitskreise. Besonders bietet es sich an, das Thema als eigenständige Arbeitsgruppe in einem möglicherweise bestehenden kriminalpräventiven Gremium zu verankern.

Noch haben nur wenige kriminalpräventive Gremien die städtebauliche Kriminalprävention als Thema für sich entdeckt. Dabei dient dieses Thema in vieler Hinsicht den Zielen eines solchen Gremiums: Es bietet sehr gute interdisziplinäre Ansätze, es orientiert sich an der Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger und erlaubt es, die Bevölkerung einzubeziehen. Um die Kooperation zwischen Polizei, Wohnungsunternehmen und den kommunalen Stellen zu stärken, empfiehlt es sich, eine Stelle zu bestimmen, die dieses Netzwerk koordiniert, Themen aufnimmt und die dazu passenden Akteure zusammenbringt. So könnte etwa die Geschäftsstelle des lokalen kriminalpräventiven Gremiums diese Funktion übernehmen. Aber auch eine Stelle aus dem Netzwerk selbst kann hier koordinierend wirken – sofern ihr die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung stehen.

Regelmäßige Abstimmungen ermöglichen es, sich frühzeitig über geplante Maßnahmen und Projekte zu informieren, Anregungen und Hinweise zu geben und aufzunehmen, um entsprechende Planungen rechtzeitig anzupassen und gemeinsame Strategien zu entwickeln. Dadurch wird auch erleichtert, Planungs- und Nutzungsphasen frühzeitig miteinander zu verknüpfen und unterschiedliche Nutzungsperspektiven angemessen zu berücksichtigen.

Zur Vertiefung: Handreichungen und Checklisten

Die vorliegende Handreichung „Sicherheit im Wohnumfeld und in der Nachbarschaft – Impulse zur Zusammenarbeit von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune“ soll die interessierte Fachöffentlichkeit zum Nachdenken darüber anregen, wie weit das eigene fachliche Handeln die Sicherheit im Wohnumfeld beeinflusst. Sie gibt Impulse für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Vertreterinnen und Vertretern von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune. Sie stellt diese beispielhaft anhand von spezifischen Fragestellungen dar und regt neue Möglichkeiten der Kooperation an.

Die Handreichung bietet einen Einstieg in das Themenfeld „Sicherheit im Städtebau“ und ergänzt bestehende Leitfäden, Checklisten und Arbeitshilfen. Diese wurden in den letzten Jahrzehnten von verschiedenen Institutionen entwickelt und eignen sich für eine weitere Vertiefung. Sie zeigen – wie auch die ausgewählten Beispiele in dieser Handreichung – Möglichkeiten und Formen der Kooperation sowie Strategien für verschiedene Situationen und Planungsaufgaben auf.

Für eine weiterführende Auseinandersetzung werden im Folgenden kostenlose und online verfügbare Handreichungen für die Praxis vorgestellt. Auch wenn ältere Handlungsempfehlungen oftmals nicht an Aktualität verlieren – hier werden nur solche Broschüren und Leitfäden berücksichtigt, die nicht älter als zwölf Jahre sind und die konkret als Hilfsmittel nutzbar sind. Bewusst wurden keine Veranstaltungsdokumentationen oder andere Diskussionsbeiträge erfasst.

Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen (2011): Sicher Wohnen – Kriterienliste für die Planung neuer Bauvorhaben und für die Selbstbewertung von Wohnungsbeständen

Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen (2014): Sichere Räume – Arbeitshilfe für die Planung und Bewertung öffentlicher Räume unter Sicherheitsaspekten (Langfassung & Kurzfassung)

Die Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen (SIPA) hat für Akteure, die für Planung und Sicherheit zuständig sind, verschiedene Aspekte aufgearbeitet. Sie ist dabei von drei Schutzdimensionen ausgegangen: Schutz durch städtebauliche Form, architektonische Gestaltung und technische Ausstattung; Schutz durch Management; Schutz durch Nutzungsverantwortung. Mit der „Kriterienliste für die Planung neuer Bauvorhaben und für die Selbstbewertung von Wohnungsbeständen“ spricht sie vor allem die Wohnungsunternehmen sowie die Eigentümerinnen und Eigentümer von Wohnungsbeständen an. In der „Arbeitshilfe für die

Planung und Bewertung öffentlicher Räume unter Sicherheitsaspekten“ werden dagegen vornehmlich Räume in kommunaler Verantwortung betrachtet. Beide Leitfäden bieten Unterstützung für die Schnittstellen von privaten und öffentlichen Räumen an.

- Kostenloser Download unter: www.sipa-niedersachsen.de/html/download.cms?id=23 sowie www.sipa-niedersachsen.de/html/download.cms?id=22

Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) (2016): Themen und Tipps – Kriminalpräventive Empfehlungen für städtebauliche Projekte

Auf der Internetseite der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) sind Angebote verfügbar, die sich auf kriminalpräventive Themenaspekte im Städtebau beziehen. Sie informieren zielgruppenorientiert verschiedene Akteure aus Architektur und Planung, Bauherren, Investoren, Kommunen, Mieterinnen und Mieter, Eigentümerinnen und Eigentümer, Wohnungsbaugesellschaften sowie Polizeibeschäftigte. Beleuchtet werden verschiedene Gesichtspunkte mit Blick auf öffentliche und private Räume, Wohnanlagen, Schulen und Kindertagesstätten, Spielplätze und Kleinsportanlagen, ÖPNV und Gewerbe.

- Kostenloses Webangebot unter: www.polizei-beratung.de/themen-und-tipps/staedtebau.html

Zentrale Geschäftsstelle Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (2012): Städtebau und Kriminalprävention – eine Broschüre für die planerische Praxis

Hier ist auch ein Vorläufer vorgenannter Angebote in Form einer Handreichung zu finden. Diese sensibilisiert Kommunalverantwortliche, die Wohnungswirtschaft, Bauträger, Akteure in Stadtplanung und Architektur für Sicherheitsbelange im Städtebau und zeigt Möglichkeiten der praktischen Umsetzung auf. Nach einer allgemeinen Einführung in das Thema – bei der auch die kriminologische Bedeutung städtebaulicher bzw. sozialräumlicher Gestaltung dargestellt ist – schließen sich zahlreiche Vorschläge für eine sicherheitsfördernde Gestaltung von Wohnquartieren, Wohnumfeld und wohnbegleitender Infrastruktur an.

- Kostenloser Download unter: www.polizei-beratung.de/medienangebot/medienangebot-details/detail/37.html

Kriminalpräventiver Rat Augsburg (Hrsg.) (2010): Checkliste für Baugebiete

Eine online abrufbare Checkliste für sichere Baugebiete findet sich auf der Homepage des Kriminalpräventiven Rates der Stadt Augsburg. Der dort eingerichtete Arbeitskreis Städtebauliche Kriminalprävention hat eine Checkliste für Behörden sowie Bürgerinnen und Bürger entwickelt. Diese ermöglicht es allen Beteiligten, bei der Beurteilung städtebaulicher Planungen und im Zuge von Bebauungsplanverfahren frühzeitig wesentliche Aspekte der Kriminalprävention einzubeziehen. Für die Bereiche Wohnumfeldgestaltung, Gebäudestellung und Freiflächennutzung sowie öffentliche Räume wurden Maßnahmen für konkrete Planungsziele erarbeitet und begründet.

- Kostenloser Download unter: www.kriminalpraevention-augsburg.de/wp-content/uploads/2015/03/Checkliste_Baugebiete_Kriminalpraeventiver_Rat.pdf

VNW Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein (Hrsg.) (2013): Gut Wohnen mit Sicherheit. Für die Praxis: Empfehlung und Checkliste

Der Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen e.V. (VNW) ist zuständig für die Bundesländer Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Auf einem Workshop im Jahr 2013 wurde das Thema „Sicherheit“ aus wohnungswirtschaftlicher Sicht intensiv aufgearbeitet. Als Ergebnis entstand eine Broschüre, mit der der VNW allen Entscheidern praktische Hilfestellung bei der Analyse, Planung und Durchführung von sicherheitsrelevanten Maßnahmen in Wohngebäuden und -quartieren gibt. Die Empfehlungen beziehen sich auf konkrete Aspekte von Architektur, Städtebau und Organisation des Quartiers.

- Kostenloser Download unter: www.vnw.de/fileadmin/redakteur/migration/pdf/Aktionen/Fuer_die_Praxis_Empfehlungen_und_Checklisten_01.pdf

GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. (Hrsg.) (2005): Sichere Nachbarschaften, Konzepte – Praxis – Beispiele. Ein Leitfaden für Wohnungsunternehmen

Der Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen brachte bereits im Jahr 2005 einen Leitfaden für die Wohnungsunternehmen heraus. Dieser entstand aus einem Forschungsvorhaben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Rahmen des Programms „Zukunftsverträgliches Wohnen in Stadt und Regionen“. In dem Leitfaden werden

konkrete Empfehlungen gegeben, die mit Praxisbeispielen zur Förderung sicherer Nachbarschaften untermauert werden.

- Kostenloser Download unter: www.f-und-b.de/files/fb/content/Dokumente/Publikationen/GdW-Information-111-Sichere%20Nachbarschaften-2005-Druckversion.pdf

Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit (Hrsg.) (2005): Sicheres Wohnquartier – Gute Nachbarschaft – Handreichung zur Förderung der Kriminalprävention im Städtebau und in der Wohnungsbewirtschaftung

Die vom Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit veröffentlichte Handreichung gibt Impulse für Kommunen und die Wohnungswirtschaft. Das Wohnungsmangement und die Stadtplanung sollen zukünftig stärker die Prinzipien der kriminalpräventiven Siedlungsgestaltung und die Förderung von Bürgerverantwortung berücksichtigen. Dafür werden bestehende Leitlinien aus dem In- und Ausland, die bis zum Jahr 2005 entwickelt wurden, zusammenfassend dargestellt. Anschließend stellen Expertinnen und Experten deutschlandweite Planungsempfehlungen an konkreten Beispielen vor.

- Kostenloser Download unter: www.ms.niedersachsen.de/download/9269

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (Hrsg.) (2012): Impulse für das Kommunale Präventionsmanagement – Erkenntnisse und Empfehlungen zu Organisation und Arbeit kriminalpräventiver Gremien auf kommunaler Ebene – Ein Leitfaden für die kommunale Praxis, 2. Auflage

Der Leitfaden für das kommunale Präventionsmanagement des Deutschen Forums für Kriminalprävention betrachtet die strukturelle Ebene und gibt Implementierungsempfehlungen für die präventive Arbeit in den Kommunen. Er beleuchtet Probleme, die die Arbeitsfähigkeit kommunaler Präventionsgremien beeinträchtigen, und Strukturelemente, die die Planung, Einrichtung und Arbeit solcher Gremien positiv oder negativ beeinflussen. Der Leitfaden versteht sich als Beitrag, um die Weiterentwicklung und Stabilisierung kommunaler Präventionsgremien zu unterstützen, und ist inzwischen in einer zweiten, überarbeiteten Auflage erschienen.

- Kostenloser Download unter: www.kriminalpraevention.de/files/DFK/dfk-publikationen/2012_dfk_impulse.pdf

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (Hrsg.) (2011): Gender Mainstreaming in der Stadtentwicklung. Berliner Handbuch

Sicherheit wurde in Deutschland von jeher auch in der frauengerechten Planung thematisiert; sie wird auch im Gender Planning als elementarer Gesichtspunkt betrachtet. Daher finden sich sicherheitsrelevante Aspekte im Berliner Handbuch „Gender Mainstreaming in der Stadtentwicklung“. In den einzelnen Kapiteln zu genderorientierten Planungsprozessen und in den planerischen Handlungsfeldern sind Sicherheitsaspekte als Querschnittsthema verankert.

- Kostenloser Download unter: www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/gender_mainstreaming/download/gender_deutsch.pdf

Drei Handbücher aus dem europäischen Ausland runden die Darstellung der Handreichungen und Checklisten ab.

Politecnico di Milano (Hrsg.) (2014): Planning Urban Design and Management for Crime Prevention – Handbook

Das Handbuch der Politecnico di Milano listet grafische und bebilderte Beispiele anhand konkreter Leitfragen zu den einzelnen Strategien „Urban Planning“, „Urban Design“ und „Management“ auf. Die europäischen Beispiele richten sich sowohl an Planende als auch an Sicherheitsbehörden, die beide für Sicherheit im öffentlichen Raum zuständig sind.

- Kostenloser Download unter: <http://costtu1203.eu/wp-content/uploads/2014/10/Handbook-English.pdf>

Stadt Wien, MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung (Hrsg.) (2012): Planen – aber sicher! Physische und soziale Verunsicherungsphänomene – Wie kann die Stadtplanung ihnen begegnen?

Aus der „Stadtentwicklung und Stadtplanung“ der Stadt Wien kommt ein Leitfaden, der sich mit der Gestaltung sicherer öffentlicher Räume beschäftigt und dazu die subjektive Sicherheit in den Mittelpunkt stellt. Über die Gliederungselemente „Mensch am Platz“, „Dinge am Platz“, „Bewegung am Platz“ und „Image“ wird der öffentliche Raum in einzelne Betrachtungselemente geteilt und anhand sicherheitsrelevanter Leitfragen analysiert. Als praxisorientiertes Nachschlagewerk zur Anwendung in allen Planungsphasen konzipiert, liefert die Publikation

Planerinnen und Planern in den unterschiedlichen Planungsphasen bei Fragen zu subjektiver Sicherheit wertvolle Hinweise.

► Kostenloser Download unter: www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b008269.pdf

Verbundprojekt PluS – Landeskriminalamt Niedersachsen (Hrsg.) (2012): Final Report. Informationen zum EU-Projekt „Planning urban Security“

Das Projektteam aus dem internationalen Forschungsprojekt „Planning urban Security“ hat ein Qualifizierungsmodell zur Professionalisierung der Kriminalprävention in der Stadtentwicklung erarbeitet. Anhand einzelner Level – von der einmaligen Einzelmaßnahme bis hin zur Einbettung kriminalpräventiver Maßnahmen als integraler Bestandteil von Planungs- und Entwicklungsprozessen – werden so genannte „Must Haves“ und „Could Haves“ vorgestellt, die auf dem Weg der Professionalisierung erforderlich sind.

► Kostenloser Download unter: www.lka.polizei-nds.de/praevention/vorbeugung_themen_und_tipps/staedtebau/staedtebau-152.html

Beispiele kooperativer Projekte für ein sicheres Wohnumfeld

Berlin – Leopoldplatz

Ein Platz für alle – Gemeinsam einen Platz für alle gestalten

Bochum – Sonnenleite

Jugendliche im Quartier im Fokus kriminalpräventiver Arbeit

Braunschweig – Ilmweg

Kooperatives Stadtteilmanagement als sozialer Netzwerkknoten für das Quartier

Bremen – Osterholz-Tenever

Rückbau einer Großwohnsiedlung – Neue Qualitäten und mehr Sicherheit im Quartier

Dortmund – Clarenberg

Identitätsstärkung durch Bewohnerpartizipation und ein integriertes Gesamtkonzept

Gießen – Troppauer Straße

„Sicher Wohnen in Hessen“ – Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten bei der Sanierung von Bestandsgebäuden

Hannover – Gilde Carré

Städtebauliche Kriminalprävention von der Planung bis zur Umsetzung

Köln – Bocklemünd

Aktivierung und Koordination lokaler Sicherheitsakteure

Langenhagen – Eichenpark

Kriminalprävention in der Entwurfs- und Bauleitplanung

Schweinfurt

Kurze Wege zwischen Polizei und Kommune – Verstetigung eines Gemeinschaftsprojekts

Wolfsburg – Neue Burg

Kriminalprävention durch Anpassung bestehender Großstrukturen

BERLIN, LEOPOLDPLATZ

Ein Platz für alle – Gemeinsam einen Platz für alle gestalten



Partizipation bei der Freiraumplanung · Foto: Gangway e.V.

Ausgangslage

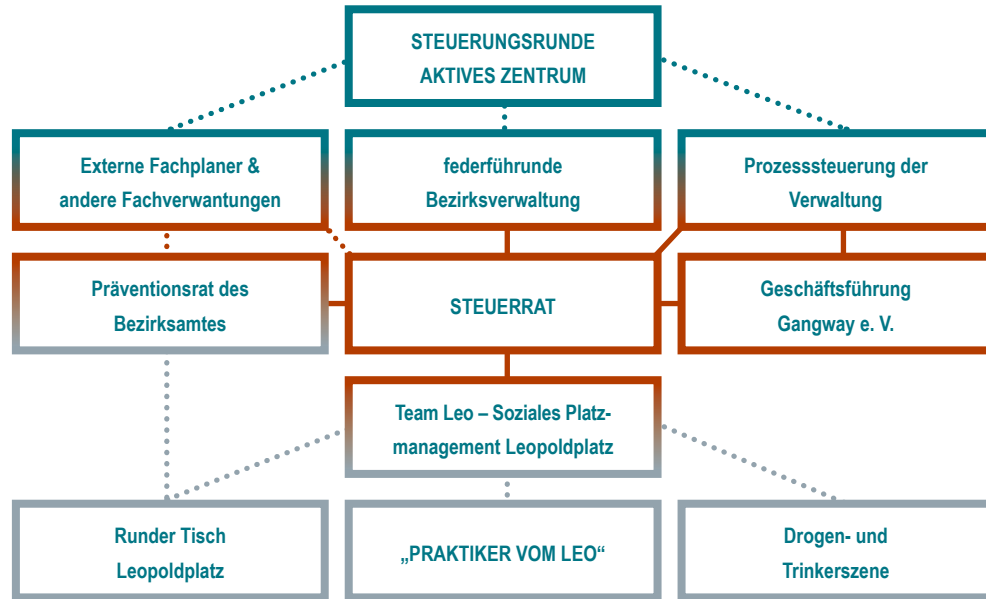
Der Leopoldplatz ist ein langgestreckter innerstädtischer Platz mit Grünflächen im Zentrum des Berliner Ortsteils Wedding. Auf einer Länge von fast 500 Metern ist er in verschiedene Abschnitte unterteilt. Er bietet Raum für unterschiedliche Funktionen – von sozialen Einrichtungen über Erholung, Sport, Spielflächen bis zum Marktplatz. Die Aufenthaltsqualität des Platzes verringerte sich jedoch zunehmend. Beschwerden über zu starke Verschmutzung des öffentlichen Raumes, über freilaufende Hunde, Lärmbelästigung in den Abend- und Nachtstunden sowie über Urinieren in der Öffentlichkeit häuften sich. Der Platz wurde von Anwohnerinnen und Anwohnern sowie von Passantinnen und Passanten größtenteils gemieden. Nutzungsgruppen aus der Drogen- und Trinkerszene dominierten ihn, was ein Unsicherheitsgefühl bei anderen Nutzerinnen und Nutzern des Platzes auslöste. Die Lage spitzte sich zu, bis im Jahr 2009 Bürgerproteste mit einer Unterschriftenaktion auf die Zustände am Leopoldplatz öffentlich aufmerksam machten und Veränderungen forderten (vgl. Becker o. J.; Hubana 2014).

Kooperation der Akteure

Im Zuge der Proteste wurde der „Runde Tisch Leopoldplatz“ gegründet. Mitglieder des Runden Tisches waren Gewerbetreibende sowie Anwohnerinnen und Anwohner, Vertreterinnen und Vertreter sozialer Projekte, das Quartiersmanagement Pankstraße sowie die Polizei und die Bezirksverwaltung (vgl. Bezirksamt Mitte o. J.). Die Federführung übernahm der örtliche Präventionsrat Bezirk Mitte ●●●. Um die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure zu koordinieren, entwickelte der Runde Tisch für den Leopoldplatz ein integriertes Handlungskonzept mit dem Titel „Ein Platz für alle – Gemeinsam einen Platz für alle gestalten“.

Von vornherein war es wichtig, eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen den verschiedenen Akteuren und Betroffenen sicherzustellen: von der Stadtverwaltung über Nachbarschaftsinitiativen, die Polizei, die Kirchengemeinde bis zur Drogen- und Trinkerszene ●●●. Realisiert wurde dies durch ein sich entwickelndes komplexes Netzwerk: Die zentrale Rolle übernahm das von „Gangway e.V.“, einem Träger der Straßensozialarbeit, eingerichtete „Team Leo – Streetwork und Soziales Platzmanagement am Leopoldplatz“. Dieses Team wurde neben der Straßensozialarbeit mit der Aufgabe der Koordination, Kommunikation sowie Mediation zwischen den Beteiligten betraut ●. Die „Praktikerinnen und Praktiker vom Leo“, ein Zusammenschluss von Personen und Institutionen aus den Bereichen Soziales, Ordnungsinstanzen und Gewerbe, begleiteten die ansässige Trinker- und Drogenszene bei der Umgestaltung des Platzes ●●●. Ein sogenannter Steuerrat koordinierte die laufenden Prozesse und baulichen Maßnahmen auf dem Platz ●● (vgl. Haas et al. o. J.; Hubana 2014). Im Januar 2016 wurde die Sozialarbeit von „Gangway e.V.“ an „Fixpunkt e.V.“, einen Träger der Gesundheitsförderung und Suchthilfe, übergeben. Dieser führt mit dem Projekt „MIX – Mobile Intervention Fixpunkt im Bezirk Mitte“ die Arbeiten am Leopoldplatz fort ● (vgl. Fixpunkt e.V. o. J.). Außerdem wird das soziale Platzmanagement seitdem von dem Träger „Geburt und Familie e.V.“ und dessen Kooperationspartner „Haus der Jugend“ unterstützt. Zwei angestellte Streetworker unterstützen und begleiten Jugendliche und junge Erwachsene aus der Drogen- und Trinkerszene vor Ort, um ihnen neue Perspektiven zu bieten ● (vgl. Quartiersmanagement Reinickendorfer Straße/ Pankstraße 2016).

Akteure am Leopoldplatz



- Polizei Abschnitt 35
- Ordnungsamt
- Kirchengemeinde
- Marktleitung
- Stadtteilvertretung
- Präventionsrat
- Freie Hilfe e. V.
- Selbstständige
- Betreiber Café Leo
- Bürger/Anwohner
- Politische Aktivisten
- QM Pankstraße
- Zeitung „ecke müller“
- Max 14
- Himmelbeet
- Drogen- und Trinkerszene
- BVV-Mitglieder
- Team Leo/Gangway e. V.
- Sonstige

- Polizei Abschnitt 35
- Ordnungsamt
- Kirchengemeinde
- Marktleitung
- Ströer AG
- Trinkraum Knorke
- Drogenpräventionsmobil
- Sicherheitsdienst BVG
- Sicherheitsdienst Leopoldcenter
- Hausmeister Leopoldcenter
- Kita-Leitung
- Team Leo/Gangway e. V.
- Sonstige

- 60-80 Personen
(Männer und Frauen)

Akteure am Leopoldplatz · Grafik: tabasco-media.com, in Anlehnung an Gangway e. V.

Bandbreite der Maßnahmen

2009 wurde das Ziel formuliert, eine möglichst vielfältige und konfliktarme Nutzung auf dem Leopoldplatz zu ermöglichen. Breite und differenzierte Nutzungsgruppen sollten die informelle Kontrolle auf dem Platz verstärken. Unter Einbeziehung möglichst vieler Nutzerinnen und Nutzer des Platzes ● wurden seither diverse Maßnahmen durchgeführt: **Bauliche Maßnahmen** waren die Errichtung eines Spielplatzes, eines überdachten Aufenthaltsbereichs für die Szene und eines Fontänen-Felds mit Sitzgelegenheiten. Hier regte die Polizei aufgrund konfliktträchtiger Vorfälle an, die Bänke erst am Schluss freizugeben, um Nutzungskonflikte während der Bauarbeiten zu vermeiden ●● (vgl. Hubana 2014). Ein weiterer wichtiger Baustein für die Nutzbarkeit des Platzes war das Aufstellen einer City-Toilette; diese soll die bisherigen Nutzungskonflikte, die unter anderem aufgrund von Urinieren an einem Kita-Zaun bestanden, verhindern. Das Platzmanagement begleitete die Umbaumaßnahmen und war dafür zuständig. **Konflikte** zwischen den Nutzenden zu vermeiden ●●. Die Arbeit der **Streetworker** integrierte weitere **soziale und kulturelle Maßnahmen**, wie Drogenprävention und kulturelle Veranstaltungen sowie verschiedene Projekte und Sportveranstaltungen ●. Außerdem wurde die **Präsenz der Polizei** sowie des Ordnungsamtes verstärkt und ein **temporärer Platzdienst**, der sich um die Einhaltung der Regeln auf dem Platz kümmert, eingeführt ●●● (vgl. Hubana 2014). Die Polizei pflegt einen regelmäßigen Informationsaustausch über Szenen und Entwicklungen am Platz und stimmt sich über Handlungsstrategien usw. mit Abschnittsleitung, Kontaktbeamten und Präventionsbeauftragtem im Rahmen der sogenannten Praktiker*innenrunde und mit dem Runden Tisch Leopoldplatz ab ●●● (vgl. Becker o. J.).



Spielplatz mit klar abgegrenztem Übergang zum Bürgersteig



Café Leo – Imbisswagen auf dem Platz zur Förderung der sozialen Kontakte · beide Fotos: Deutsches Institut für Urbanistik

Im Blickpunkt: Gemeinsame Platzgestaltung mit marginalisierten Nutzungsgruppen

Das Beispiel Leopoldplatz veranschaulicht: Es ist möglich, einen Platz für alle Nutzerinnen und Nutzer attraktiv zu gestalten, ohne bestimmte Gruppen auszuschließen. Erreicht wurde dies vor allem durch die weitreichende Einbindung gerade auch der Drogen- und Trinkerszene in den Planungsprozess. Diese Szene definierte ihre eigenen Bedarfe und wirkte an der Gestaltung „ihres“ Aufenthaltsbereiches mit. Die aufsuchende Sozialarbeit in Gestalt des Platzmanagements war ein wesentlicher Erfolgsfaktor des Projekts – sie setzte sich intensiv mit der Drogen- und Trinkerszene auseinander und half unter anderem bei der Einhaltung der Regeln auf dem Platz. Aufgrund eines fortwährenden Informationsaustausches sowie gemeinsamer Abstimmungen der Netzwerkpartnerinnen und -partner ließen sich Konflikte auf dem Platz nachhaltig entschärfen (vgl. Hubana 2014). Eine solche kontinuierliche Arbeit zur Konfliktentschärfung mit Blick auf einen „Platz für alle“ ist nach wie vor notwendig. Deshalb wird vor Ort weiterhin Sozialarbeit geleistet und das Platzmanagement ist nach wie vor aktiv.

Das Projekt „Leopoldplatz – Gemeinsam einen Platz für alle gestalten“ wurde mit dem zweiten Platz des Berliner Präventionspreises 2014 ausgezeichnet. Besonders gewürdigt wurde, dass ohne Verdrängung bisheriger Nutzergruppen gemeinsam ein Platz gestaltet werden konnte, für den alle Nutzende Verantwortung übernehmen.



Gemeinsam entworfener, überdachter Bereich der „Szene“ · Foto: Gangway e.V.

Quellen

Becker, Franziska (o. J.): Evaluationsbericht über die Tätigkeit des Projekts „Streetwork/Soziales Platzmanagement Leopoldplatz“ von September 2010 bis August 2011. http://gangway.de/download/arbeitsbereiche/teams_leo_mannef/Evaluation%20mit%20Fotos_Endfassung1.pdf, letzter Zugriff: 14.04.2016.

Bezirksamt Mitte (o. J.): Runder Tisch Leopoldplatz. <http://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/gremien/praeventionsrat/artikel.111150.php>, letzter Zugriff: 22.07.2015.

Haas, Thorsten/Dornblut, Wulf/Makowski, Jan (o. J.): Leopoldplatz Berlin – gemeinsam einen Platz für alle gestalten. http://service.mvnet.de/_php/download.php?datei_id=1568283, letzter Zugriff: 14.04.2016.

Hubana, Sanda (2014): Projektbericht „Soziales Platzmanagement Leopoldplatz“ von September 2012 bis Dezember 2013 und darüber hinaus. http://gangway.de/download/arbeitsbereiche/teams_leo_mannef/Projektbericht_Team%20Leo_092012%20-%2020122013.pdf, letzter Zugriff: 14.04.2016.

Quartiersmanagement Reinickendorfer Straße/Pankstraße (2016): Telefoninterview mit dem Quartiersmanagement Reinickendorfer Straße/Pankstraße, September 2016. Difu.

BOCHUM, SONNENLEITE

Jugendliche im Quartier im Fokus kriminalpräventiver Arbeit



Aufgewertetes Erscheinungsbild der Freiflächen und der Gebäude · Foto: Archiv VBW

Ausgangslage

Sonnenleite, eine randstädtische Hochhaussiedlung im Bochumer Stadtteil Langendreer, verzeichnete eine steigende Zahl an Kriminaldelikten und hohen Leerstand. Die Anlage, zwischen 1976 und 1980 mit rund 350 Wohneinheiten erbaut, ist im Besitz des Wohnungsunternehmens VBW BAUEN UND WOHNEN GMBH (vgl. Santjer 2013). Die Siedlung war geprägt durch Verwahrlosungstendenzen innerhalb und außerhalb der Häuser, zunehmende Vermüllung, Drogenkonsum und ungepflegte Grünflächen. Lautstark pöbelnde Jugendliche hielten sich an Treffpunkten oder in Hausfluren auf und hinterließen Unrat. Vandalismusschäden und Graffiti nahmen Überhand, es fehlte an einer übersichtlichen Gestaltung der Außenräume und ausgeleuchteten Wegen. Aus der Bewohnerschaft wurden Straftaten nicht bei der Polizei angezeigt, aus Angst vor angedrohter Gewalt im Quartier. Insgesamt war das subjektive Sicherheitsgefühl im Quartier niedrig. Die hohe Leerstandsquote und hohe Instandhaltungskosten bereiteten dem Wohnungsunternehmen Sorgen (vgl. Generalanzeiger 2009; Voß 2009).

Kooperation der Akteure

Um eine nachhaltige, die Sicherheit erhöhende Wirkung zu erzielen und das Quartier wieder zu stabilisieren, wurde 2005 auf Betreiben der Polizei ● ein akteursübergreifender Arbeitskreis initiiert. In diesem „Arbeitskreis Städtebauliche Kriminalprävention“ sind die Polizei, Fachämter der Stadt Bochum, Vertreterinnen und Vertreter der Immobilienbranche und eine Hochschule für die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation vertreten. Am Modellprojekt Sonnenleite in Bochum wurde die Zusammenarbeit erstmals erprobt ●●●● (vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen 2008; Voß 2009). Unter Federführung des Kommissariats Kriminalitätsvermeidung/Opferschutz der Polizei ● finden regelmäßig Sitzungen statt. Eine eigens eingerichtete Außenstelle des Jugendamtes im Gebiet Sonnenleite ● erlaubt einen unmittelbaren Informationsfluss über aktuelle Entwicklungen und Veränderungen im Quartier an den Arbeitskreis. Dieser diskutiert regelmäßig die aktuelle Situation und Probleme, analysiert deren Ursachen, formuliert Zielvorstellungen, vereinbart und koordiniert erforderliche Maßnahmen und weitere Projekte.

Im Arbeitskreis werden die unterschiedlichen Zielsetzungen der Akteure gemeinsam besprochen und entsprechende Maßnahmen koordiniert. Zu den Zielen der Polizei gehören ●: Straftaten bekämpfen und verhüten, Tatanreize nehmen, Tatgelegenheiten reduzieren, in der Bevölkerung die Anzeigebereitschaft steigern und das Sicherheitsgefühl erhöhen. Die Stadt formuliert folgende Ziele ●: Sicherheit und Ordnung im Wohngebiet wiederherstellen und erhalten, die Attraktivität der Wohngegend erhöhen, damit Mieterinnen und Mieter nicht in andere Städte abwandern. Als ihre wesentlichen Ziele nennt das Wohnungsunternehmen VBW ●: die Leerstandsquote und die Instandhaltungskosten senken und das Image des Wohngebietes aufwerten (vgl. Voß 2009).



Graffiti-Projekt zum Einbezug von Jugendlichen



Nachbarschaftsfest zur Verbesserung des sozialen Miteinanders im Quartier · beide Fotos: Archiv VBW

Bandbreite der Maßnahmen

Das Wohnungsunternehmen stellte einen Kümmerer für das Wohnquartier ein ●. Es wurde festgelegt, dass er die Hälfte seiner Arbeitszeit für die **Kommunikation mit den Bewohnerinnen und Bewohnern** einsetzt. Weiterhin sollten die auffälligen Jugendlichen aufgefordert werden, sich an Regeln zu halten. Um das **Erscheinungsbild der Anlage aufzuwerten** und den Eindruck des „sich Kümmerns“ zu vermitteln, führte das Wohnungsunternehmen verschiedene bauliche Maßnahmen durch ●: In den Hauseingängen wurden **vandalismusresistente Materialien** verbaut, öffentliche **(Grün-)Flächen und Wege wurden gepflegt und übersichtlich gestaltet**, Müllstandorte wurden eingezäunt und nur für die Bewohnerschaft zugänglich gemacht. Spielplätze wurden neu angelegt und bei einem Nachbarschaftsfest im Wohngebiet eröffnet. Die Paten für die Spielplätze wurden von der Geschäftsführung der VBW geehrt ●●. Die **gemeinsame Streife von Polizei und Ordnungsamt** trug dazu bei, das Sicherheitsgefühl der Bewohnerschaft zu steigern ●●. Außerdem richtete die Wohnungsbaugesellschaft ein eigenes Büro im Wohngebiet als zuverlässig zugängliche **Anlaufstelle für ihre Mieterinnen und Mieter** ein ●. Die gestärkte informelle Sozialkontrolle führte so nach kurzer Zeit nachhaltig zur Abnahme von Sachbeschädigungen und erhöhte die Sauberkeit im Wohngebiet. Die zügige Bearbeitung von Beschwerdemeldungen und die rasche Beseitigung von Graffitis ● sendeten ein deutliches **Signal der Verantwortungsübernahme** für das Wohngebiet. Außerdem wurde die Leerstandsquote deutlich gesenkt (vgl. Innovationsagentur Stadtumbau NRW 2009; Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen 2008; Generalanzeiger 2009, Voß 2009).



Vor-Ort-Büro der VBW, Anlaufstelle für Bewohnerschaft ·



Übersichtlich gestalteter Müllsammelplatz · beide Fotos: Archiv VBW

Im Blickpunkt: Neue soziale und bauliche Angebote für Jugendliche im Quartier

Das Projekt Sonnenleite in Bochum zeigt stellvertretend, wie notwendig es ist, soziale und bauliche Aspekte und Maßnahmen zu kombinieren. Als zentrales Problemfeld wurde unter anderem delinquentes Verhalten von Jugendlichen identifiziert. Immer wieder kam es in der Wohnanlage zu Beschwerden der Anwohnerschaft über Unrat in den Hausfluren und auf Spielplätzen. Insbesondere Seniorinnen und Senioren und Kinder klagten über Pöbeleien und Drohungen. Das Unsicherheitsempfinden im Quartier war groß (vgl. Voß 2009).

Die Einrichtung einer Außenstelle des Jugendamtes ● im Quartier war ein erster Schritt, diese Konflikte zu lösen. Hier wurden unter anderem die Informationen zu den Entwicklungen und Konfliktlagen im Quartier gesammelt und an den Arbeitskreis Städtebauliche Kriminalprävention vermittelt ●●●●. Die in der Folge entwickelten Projekte setzten vor allem bei der Zielgruppe der Jugendlichen an – wie beispielsweise ein Graffiti-Projekt, initiiert durch das Jugendamt und angeleitet durch einen ehemaligen Sprayer. Dieses Projekt entwickelte gemeinsam mit den Jugendlichen ein Verständnis für anspruchsvolle Gestaltung und stellte ihnen eine Fläche zur legalen künstlerischen Verwendung zur Verfügung ●. Eine Nische hinter einem Wohnhaus – sie diente Jugendlichen als Treffpunkt, wurde aber von anderen Anwohnern als Angstraum wahrgenommen – wurde geschlossen, und die Büsche und Sträucher der umliegenden Grünanlagen deutlich zurückgeschnitten, um bessere Sichtmöglichkeiten zu schaffen. Als alternativer Treffpunkt ergänzt nun ein neuer Sportplatz das Freizeitangebot für Jugendliche ● (vgl. Voß 2009). Insgesamt konnte das Sicherheitsgefühl im Quartier deutlich gesteigert werden. Dies liegt unter anderem daran, dass sich das Sozialverhalten der Jugendlichen verbesserte und Beschädigungen sowie Pöbeleien deutlich zurückgingen. Die durchgeführten Maßnahmen führten dazu, dass die Jugendlichen mit in die Verantwortung für ihr Wohnumfeld genommen wurden und sich so auch eingebunden fühlten.

„Sonnenleite – Projekt zur Städtebaulichen Kriminalprävention in Bochum“ wurde im Jahr 2008 durch das Innenministerium Nordrhein-Westfalen mit dem Landespreis für Innere Sicherheit ausgezeichnet.

Quellen

Generalanzeiger (2009): Ausgezeichnet: Projekt in einem Bochumer Stadtteil. General-Anzeiger, 14.02.2009. <http://www.general-anzeiger-bonn.de/region/Ausgezeichnet-Projekt-in-einem-Bochumer-Stadtteil-article192731.html>, letzter Zugriff: 10.08.2016.

Innovationsagentur Stadtbau NRW (2009): AK Städtebauliche Kriminalprävention in der Siedlung Sonnenleite Projekt der Woche. http://www.stadtbau nrw.de/pdf/dokumente/projekt_50.pdf, letzter Zugriff: 14.04.2016.

Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (2008): Vorbildliche Partnerschaften: Gemeinsam sind wir stark – Innenminister Wolf verleiht „Landespreis Innere Sicherheit“. Pressemitteilung vom 12.12.2008. <http://www.mik.nrw.de/presse-mediathek/aktuelle-meldungen/archiv/archiv-meldungen-im-detail/news/vorbildliche-partnerschaften-gemeinsam-sind-wir-stark-innenminister-wolf-verleiht-landespreis-i.html>, letzter Zugriff: 10.08.2016.

Santjer, Manfred (2013): Wissenschaftliche Begleitung eines Pilotprojektes zur Einführung von Müllschleusen im Quartier „Sonnenleite“. <https://session.bochum.de/bi/getfile.php?id=301704&type=do>, letzter Zugriff: 14.04.2016.

Voß, Dietrich (2009): Städtebauliche Kriminalprävention. Die Kriminalpolizei: Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei (4), S. 16–18. <http://www.kriminalpolizei.de/themen/praevention/detailansicht-praevention/artikel/staedtebauliche-kriminal-praevention.html>, letzter Zugriff: 14.04.2016.

BRAUNSCHWEIG, ILMWEG

Kooperatives Stadtteilmanagement als sozialer Netzwerkknoten für das Quartier



Aufenthaltsqualität im Ilmweg · Foto: Anke Schröder

Ausgangslage

Die Wohnanlage Ilmweg aus dem Jahr 1960/61, ein neun Hektar großes, dicht bebautes Quartier in Braunschweig mit rund 1.400 Einwohnerinnen und Einwohnern, verfügt über eine der höchsten Bevölkerungsdichten des Bezirks Weststadt. Die Gebietsstruktur konnte die sich ändernden Ansprüche der Bewohnerschaft nicht mehr vollumfänglich erfüllen. So fehlten der monostrukturellen Wohnsiedlung die Nutzungsmischung, ein reges öffentliches Leben, das nachbarschaftliche Miteinander und die Sozialkontrolle. Die halboffenen Baublöcke mit bis zu acht Geschossen werden durch breite Straßenfluchten getrennt und die verbleibenden Freiräume als Grünflächen genutzt. Hier entstanden durch Wildwuchs und unzureichende Beleuchtung Angsträume im nahen Wohnumfeld; nachts und in der dunklen Jahreszeit mieden insbesondere Frauen und ältere Menschen diese Bereiche. Grundsätzlich wurden die Qualität des Wohnumfelds, der bauliche Zustand der Gebäude und das Image der Weststadt als schlecht beurteilt. Viele Bewohnerinnen und Bewohner wanderten ab, wodurch sich der Leerstand insbesondere in den Jahren 2000 bis 2006 vergrößerte (vgl. Dirks et al. 2009; Stadt Braunschweig et al. 2008).

Kooperation der Akteure

Die Wohnanlage Ilmweg wurde 2009 als Teil des integrierten Stadtteilentwicklungs- und Handlungskonzeptes für die Braunschweiger Weststadt in das Städtebauförderprogramm Stadtumbau West (Bund-Länder-Programm im Rahmen der Städtebauförderung, das zum Ziel hat, den nachteiligen Folgen des wirtschaftlichen und demografischen Wandels entgegenzuwirken) aufgenommen ●. Von besonderer Bedeutung für das Projekt war die enge partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Stadt Braunschweig und den lokalen Wohnungsunternehmen: Das bestehende Engagement der Wohnungsunternehmen und ihre Bereitschaft, über ihre wirtschaftlichen Aufgaben hinaus in den Stadtteil zu investieren, boten die Chance, hier modellhaft eine vertiefte Zusammenarbeit von Stadtverwaltung und Wohnungswirtschaft zu erproben ●●. Ziel war es, gemeinsam Strategien zum Umgang mit Leerstand, zur Behebung von Wohndefiziten und der Ausrichtung auf gewandelte Nutzeransprüche zu entwickeln. Mieterbefragungen, Ortsbesichtigungen, eigene Erhebungen und die Auswertung vorhandener Studien und Planunterlagen dienten dabei als Entscheidungsgrundlage. Aus dieser Projektzusammenarbeit ist eine langfristig angelegte Kooperation zwischen der Kommune und inzwischen drei lokalen Wohnungsunternehmen entstanden ●●. Der hierfür gegründete gemeinnützige Verein Stadtteilentwicklung Weststadt e.V. übernimmt seitdem die Gesamtkoordination aller Aktivitäten der Partnerinnen und Partner. Er betreibt die Aufwertung des Stadtteilimages und fördert die Beteiligung und Stadtteilidentität in der Braunschweiger Weststadt ● (vgl. Dirks et al. 2009). An der Umgestaltung der Wohnanlage Ilmweg war die Polizei ● nicht formell beteiligt. Allerdings ist der Kontaktbeamte der Weststadt gleichzeitig Ratsmitglied im Bezirksrat, so dass über diese Funktion ein Informationsaustausch stattfindet ●●. Neben dem Verein Stadtteilentwicklung Weststadt e.V. existiert darüber hinaus die Arbeitsgemeinschaft Weststadt, ein freiwilliger Zusammenschluss von Gruppierungen, Kirchen, Vereinen, Verbänden und Einrichtungen der Weststadt mit dem Ziel, das Gemeinschaftsleben und das Image des Stadtteils zu verbessern. In dieser AG Weststadt ist auch die Polizei vertreten ●●. Weiterhin bietet der Bürgerverein Weststadt e.V. ● Informationsveranstaltungen und Aktivitäten an. Gemeinsam mit weiteren Initiativen und Institutionen konnte für die Stadtteilentwicklung Weststadt somit auf einem bereits bestehenden, breiten zivilgesellschaftlichen Netzwerk aufgebaut werden.



Die „Treffpunkte Weststadt“ als Katalysatoren einer gemeinschaftlichen Stadtentwicklung · Foto: Deutsches Institut für Urbansitik



Neugestaltung des Aufenthaltsraums mit vielseitig nutzbaren Bereichen für Alt und Jung · Foto: Anke Schröder

Bandbreite der Maßnahmen

Entwicklungsziele für das Gebiet waren unter anderem die Reaktivierung von Brach- und untergenutzten Flächen, Um- und Neugestaltung von öffentlichen Räumen, Wohnumfeld und privaten Freiflächen sowie Aufwertung und Umbau des Gebäudebestandes. Um die **Attraktivität** der Wohnanlage zu **steigern**, wurden die Hauptfußgängerachse Ilmweg verbreitert, der Belag erneuert sowie Treff- und Verweilmöglichkeiten geschaffen. Um ein positives Sicherheitsempfinden in den Abend- und Nachtstunden zu schaffen, wurde das Beleuchtungskonzept überarbeitet. Angsträume wurden zudem durch Rückschnitt des Wildwuchses bzw. Neuordnung des Grüns beseitigt ●●. Untergenutzte Parkflächen wurden zu Spiel- und Sportplätzen umfunktioniert, um den Jugendlichen und Kindern der Anlage neue Freizeitaktivitäten im Außenraum zu ermöglichen ● (vgl. Gottwald 2012). Zur **Behebung des Leerstandes** wurden betroffene Wohnungen seniorengerecht umgebaut. Dies umfasst die Verkleinerung der Wohnfläche und die Aufwertung der Badezimmer, die Herstellung barrierefreier Hauszugänge sowie die Erweiterung der Fahrstuhlkapazitäten ●. Um **untergenutzte Freiflächen zu vermeiden**, wurden Erdwälle und Anpflanzungen angelegt. Diese grenzen die Vorgärten der Wohnhäuser vom straßenbegleitenden Raum ab, sodass sich klare Verantwortungsbereiche, für eine bessere Orientierung, herausbildeten ● (vgl. Dirks et al. 2009; Stadt Braunschweig et al. 2008).



Neu gestalteter Spielplatz



Neu gestalteter Tischtennisplatz · beide Fotos: Stadt Braunschweig

Im Blickpunkt: Stadtteilmanagement in Kooperation von Wohnungswirtschaft und Kommune

Eine zentrale Maßnahme der Kooperation von Kommune und Wohnungswirtschaft ist der gemeinsame Betrieb der drei dezentralen Stadtteilmanagementbüros „Treffpunkte Weststadt“ ●●●. Der gemeinsam von den Wohnungsunternehmen und der Stadt Braunschweig gegründete Verein Stadtteilentwicklung Weststadt e.V. ist Träger dieser Treffpunkte. Deren Einrichtung wird als wesentlicher Erfolgsfaktor des Projekts gesehen: Sie organisieren und begleiten städtebauliche, architektonische und baulich-technische Gestaltungsmaßnahmen, initiieren und koordinieren Beteiligung und Öffentlichkeitsarbeit, stärken Bürgerverantwortung und fördern die Ausbildung von Nachbarschaftsnetzwerken. Die Stadtteiltreffpunkte schaffen gute Voraussetzungen für den Aufbau eines stadtteilbezogenen Netzwerkes, insbesondere unter Einbindung aller sozialen und ethnischen Gruppen. Die Treffpunkte bieten Veranstaltungs- und Begegnungsräume sowie Kurse und Anlässe für soziale Kontakte. Mit ihnen wurde damit ein quartiersmanagementähnliches Instrument geschaffen – gemeinsam finanziert von den Wohnungsunternehmen und der Stadt (vgl. Dirks et al. 2009; Gottwald 2011, 2012) und mit positiven Wirkungen für das soziale Stadtleben und die Sicherheit im Quartier.

Der Verein Stadtteilentwicklung Weststadt e.V. wurde als eines von 18 vorbildlichen Projekten in die Nominierungsliste für den Preis „Soziale Stadt 2016“ aufgenommen. Es belegte hierbei den zweiten Platz in der Kategorie „Gemeinsam für die soziale Stadt – Sonderpreis des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit“.

Quellen

bs-west.de Stadtteil im Internet (o. J.): AGeWe – Arbeitsgemeinschaft Weststadt. <http://www.bs-west.de/joomla/index.php/vereine/agewe>, letzter Zugriff: 10.08.2016.

Bürgerverein Weststadt e.V. (2016): Bürgerverein Weststadt. Wir gestalten die Weststadt mit! <http://buergerverein-weststadt.de/>, letzter Zugriff: 10.08.2016.

Dirks, Georg/Ockel, Ina/Lehmann, Stefan/Thiele, Norbert (2009): Braunschweig Weststadt: Integriertes Stadtteilentwicklungs- und Handlungskonzept. Stadt Braunschweig, Bau- und Umweltschutzdezernat, Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz, Abteilung Stadtplanung. www.braunschweig.de/leben/stadtplanung_bauen/foerderung/stadtumbau_west/Entwicklungskonzept_09.pdf, letzter Zugriff: 28.04.2016.

Gottwald, Christiane (2011): Braunschweig Weststadt, Teilbereich Ilmweg/Saalestraße: Jahresbericht 2011. Im Auftrag der Stadt Braunschweig. https://www.braunschweig.de/leben/stadtplanung_bauen/foerderung/stadtumbau_west/7_034_09_Jahresbericht-2011-klein_gottwald.pdf, letzter Zugriff: 28.04.2016.

Gottwald, Christiane (2012): Braunschweig Weststadt, Teilbereich Ilmweg/Saalestraße: Jahresbericht 2012. Im Auftrag der Stadt Braunschweig. https://www.braunschweig.de/leben/stadtplanung_bauen/foerderung/stadtumbau_west/7_034_10_Jahresbericht-2012-klein_gottwald.pdf, letzter Zugriff: 28.04.2016.

Stadt Braunschweig/Nibelungen Wohnbau GmbH/Baugenossenschaft Wiederaufbau eG (2008): Stadtteilentwicklung Ilmweg/Saalestraße. Ein Gemeinschaftsprojekt der NiWO, Wiederaufbau und der Stadt Braunschweig. https://m.braunschweig.de/leben/stadtplanung_bauen/foerderung/stadtumbau_west/Noerdliche_Weststadt.pdf, letzter Zugriff: 28.04.2016.

BREMEN, OSTERHOLZ-TENEVER

Rückbau einer Großwohnsiedlung – Neue Qualitäten und mehr Sicherheit im Quartier



Luftaufnahme Osterholz-Tenever · Foto: GEWOBA

Ausgangslage

Die Großsiedlung Osterholz-Tenever (OTe), erbaut in den Jahren 1967 bis 1975, ist dreizehn Kilometer von der Innenstadt Bremens entfernt. Die häufig angespannte soziale Lage der Bewohnerschaft, eine hohe Baudichte in randstädtischer Lage und eine hohe Leerstandsquote von mehr als 50 Prozent führten zu einem schlechten Image. Aufgrund der Insolvenz eines Eigentümers kam es zudem zu einem Modernisierungs- und Sanierungsstau bei mehr als der Hälfte der insgesamt 2.600 Wohneinheiten. Zahlreiche (städte-)bauliche Missstände, wie z. B. dunkle Eingangssituationen, unübersichtliche Wegführungen, überdimensionierte Parkplatzflächen und die Trennung von Fuß- und Verkehrswegen, führten zu deutlich artikulierten Unsicherheitsgefühlen der Bewohnerschaft und bei Besucherinnen und Besuchern (vgl. BMUB 2011; Paßlack 2007).

Kooperation der Akteure

1999 wurde das Quartier Programmgebiet des Städtebauförderungsprogramms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“. Dieses Bund-Länder-Programm im Rahmen der Städtebauförderung hat zum Ziel, städtebaulich, wirtschaftlich und sozial benachteiligte Stadt- und Ortsteile aufzuwerten und zu stabilisieren. Zusätzlich wurde das Quartier in das kommunale Bremer Programm „WiN – Wohnen in Nachbarschaften“ aufgenommen und ergänzte finanziell das Bund-Länder-Programm. Gemeinsam wurden so sowohl bauliche als auch soziale Maßnahmen ermöglicht. Ein Jahr später beschloss der Bremer Senat, ein integriertes Stadtumbaukonzept zu erarbeiten. Für die Umsetzung war es notwendig, die Bestände des insolventen Eigentümers aufzukaufen. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft GEWOBA erwarb zusammen mit der Bremer Investitions- Gesellschaft (BIG) diese Bestände ●●. 2002 wurde Osterholz-Tenever darüber hinaus als Pilotprojekt in das damalige Forschungsfeld „Stadtumbau West“ des Forschungsprogramms Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) aufgenommen (ExWoSt fördert als Forschungsprogramm des Bundes innovative Planungen und Maßnahmen des Wohnungs- und Städtebaus unter anderem in Form wissenschaftlicher Begleitungen von Planungs- und Bauvorhaben). Zusammen mit Fachleuten aus Stadtentwicklung, Marketing, Wohnungswesen, Architektur, den Eigentümern, der Stadt und lokalen Akteuren wurde schließlich ein Stadtumbaukonzept entwickelt. Dieses mündete in einem städtebaulichen Vertrag und legte damit die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure fest ●●● (vgl. GEWOBA 2008). Die Federführung im Sanierungsprozess übernahm die Osterholz-Tenever-Grundstücksgesellschaft (OTG), die von den Eigentümern (GEWOBA, BIG) gegründet wurde. Im späteren Verlauf kaufte die GEWOBA sämtliche Anteile der BIG auf ●. Die Verabredungen des städtebaulichen Vertrags zum Stadtumbaukonzept blieben trotz des Verkaufs erhalten. Die OTG übernahm Organisation, Planung und Umsetzung des Projekts ●. Für die Kommunikation richtete sie eine Lenkungsrunde ein, die sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Kooperationspartner zusammensetzte ●●●. Des Weiteren gründete sie vier Arbeitsgemeinschaften zu den Einzelthemen Technik, Entwicklungskonzeption, Umzugsmanagement und Öffentlichkeitsarbeit (vgl. GEWOBA 2007).



Luftaufnahme während des Rückbaus; Chancen für die Freiraumgestaltung



Abendveranstaltung zur Stärkung von Nachbarschaften · beide Fotos: GEWOBA

Bandbreite der Maßnahmen

Rückbau, Sanierungsarbeiten und eine **Imagekampagne** waren die zentralen Pfeiler des Aufwertungsprozesses. Die hohe Leerstandquote führte zu einem Rückbau von rund 650 Wohneinheiten. Gleichzeitig wurde das **Wohnumfeld aufgewertet**, dabei wurden vor allem die Haus-
einträge der Siedlung unter Sicherheitsaspekten verändert. Die Wohnhäuser werden nun über ebenerdige, **übersichtliche Eingangsbereiche** mit Concierge-Loge betreten. Es wurde überdies darauf geachtet, Wohnungen auf unterschiedlichen Mietpreisniveaus anzubieten, um ein lebendiges und gemischtes Quartier zu ermöglichen ●. Außerdem wurden verschiedene **soziale Maßnahmen** in dem Gebiet durchgeführt – von sozialer und beruflicher Integration über Beratungsangebote für Frauen und Familien bis hin zu Jugendprojekten. Sie unterstützen das Zusammenleben der Bewohnerschaft aus rund 90 verschiedenen Nationen ●●●. Nach Fertigstellung der Sanierungsarbeiten führte die OTG eine über das Quartier hinausreichende **Imagekampagne** unter anderem mit großen Plakaten und Postern durch. Deren Slogans wie „OTe beißt nicht“ und „Sach nix gegen OTe“ sollten den Ruf des Quartiers in der Bevölkerung und in den Medien verbessern ● (vgl. BMUB 2011; ExWoSt o. J.; Freie Hansestadt Bremen o. J.). Die Umsetzung des integrativen Ansatzes führte letztlich zur Vollvermietung des verbliebenen Bestands im Jahr 2011 und zu einer Imageverbesserung des Quartiers als Ort kultureller Vielfalt (vgl. BMUB 2011; Ehmke 2012; Paßlack 2007). In einem Einkaufszentrum direkt vor Ort befindet sich die **Wache der Kontaktpolizisten**. Diese sind regelmäßig im Stadtteil unterwegs und wirken aktiv in der Stadtteilgruppe mit ● (vgl. Projektgruppe Tenever 2016). Seit Abschluss der Sanierungsmaßnahmen ist die Kriminalität vor Ort gesunken (vgl. Schnase 2012).



Concierge-Loge im Eingangsbereich der Wohnhäuser



Familienfest zur Stärkung des sozialen Miteinanders im Quartier · beide Fotos: GEWOBA

Im Blickpunkt: Chancen für qualitätsvolle Freiraumgestaltung nutzen

Umfassende Freiraumgestaltung wurde als essenziell für einen nachhaltigen Erfolg der Sanierungsmaßnahme in Osterholz- Tenever angesehen. Denn die beteiligten Akteure befürchteten, dass die Bewohnerinnen und Bewohner mit dem erforderlichen immensen Rückbau möglicherweise eine Abwertung des Quartiers assoziieren. Die bisherige mangelhafte Freiraumgestaltung sollte grundlegend aufgewertet werden, die rückbaubedingten Chancen für neue Freiraumbezüge galt es zu nutzen. In einem Gutachterverfahren (Freie und Hansestadt Bremen, GEWOBA, Stadtteilgruppe, Fachleute aus Stadtplanung und Landschaftsarchitektur) wurde das Konzept „Grün für alle“ entwickelt ●●●. Als erster Schritt wurde mit dem Rückschnitt von Büschen begonnen, um neben einer besseren Orientierung auch das Sicherheitsgefühl zu stärken. Unterstützt wurde dieses Anliegen durch eine Beleuchtung, die alle zentralen Wege und Plätze illuminiert ●●. Bei der Umsetzung achteten die Landschaftsplanerinnen und -planer außerdem darauf, dass Grenzen zwischen öffentlichen, halb-öffentlichen und privaten Bereichen zur besseren Orientierung erkennbar wurden. Zudem erarbeiteten sie Vorschläge für die durch den Abriss entstandenen Freiflächen, die sie den Bewohnerinnen und Bewohnern zur Diskussion stellten. Damit konnten deren konkrete Wünsche und Anregungen aufgenommen werden ●● (vgl. Spalink-Sievers o. J.). So entstanden Mietergärten, Spiel- und Freiflächen für verschiedene Altersgruppen und die Wegeverbindungen für Fuß- und Radnutzungen wurden verbessert (vgl. GEWOBA 2008).

Das Projekt „Stadtumbau Osterholz-Tenever – Rückbau und Modernisierung einer Großwohnsiedlung“ wurde 2008 mit dem Bremer Landespreis für vorbildlichen Wohnungsbau in der Kategorie „Wohnumfeldgestaltung, urbanes Wohnen in städtebaulich verdichteten Quartieren“ ausgezeichnet.

Quellen

BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2011): Bremen Osterholz-Tenever. http://www.staedtebauforderung.info/StBauF/DE/Programm/StadtumbauWest/Praxis/Kommunale_Praxisbeispiele/Massnahmen/Bremen_OTe/Bremen_OTe_node.html, letzter Zugriff: 25.02.2016.

Ehmke, Jörn (2012): OTe > Konsens > Kontinuität > Kommunikation > Vollvermietung. Bremen. http://www.gewoba.de/index.php?eID=DL&pid=372&table=articles_publications&uid=12, letzter Zugriff: 28.07.2016.

ExWoSt (o. J.): Bremen-Osterholz- Tenever. Herausforderungen und Strategien. <http://www.stadtumbauwest.de/exwost/bremen.html>, letzter Zugriff: 25.02.2016.

Freie Hansestadt Bremen (o. J.): Tenever. Von einer städtebaulichen Sünde zum Erfolgsmodell sozialer Stadtentwicklung. <http://www.sozialestadt.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen222.c.3562.de>, letzter Zugriff: 16.03.2016.

GEWOBA (2007): Projektgesellschaft Osterholz-Tenever Grundstücksgesellschaft mbH & Co.KG — Modell einer öffentlich-privaten Partnerschaft im Pilotprojekt Bremen/Osterholz-Tenever. http://www.stadtumbauwest.de/exwost/inhalte/Guter_%20Ansatz_Partnerschaften_Bremen.pdf, letzter Zugriff: 25.02.2016.

GEWOBA (2008): Bremen > Osterholz > Tenever > umdenken > umbauen > OTe. Vom Demonstrativbauvorhaben zum Pilotprojekt im Stadtumbau West. http://www.gewoba.de/index.php?eID=DL&pid=372&table=articles_publications&uid=11 letzter Zugriff: 03.08.2016.

Paßlack, Martin (2007): Neue Qualitäten in einer Hochhaussiedlung der 70er Jahre: Das Beispiel Bremen Osterholz-Tenever. Präsentiert auf: Abschlussbilanz des ExWoSt-Forschungsfelds Stadtumbau West, Essen. http://www.stadtumbauwest.de/exwost/konzept/FF_Essen_Passlack.pdf, letzter Zugriff: 25.02.2016.

Projektgruppe Tenever (2016): Polizei. <http://bremen-tenever.de/polizei/>, letzter Zugriff: 10.08.2016.

Schnase, Simone (2012): Wohnen in Bremen. Der Wandel eines Ghettos. taz.de, 29.07.2012. <http://www.taz.de/!5087876/>, letzter Zugriff: 31.08.2016.

Spalink-Sievers, Johanna (o. J.): Freiraumkonzept Tenever. http://www.stadtumbauwest.de/exwost/newsletterdaten/Freiraumkonzept_Erlaeuterungsbericht.pdf, letzter Zugriff: 25.02.2016.

DORTMUND, CLARENBERG

Identitätsstärkung durch Bewohnerpartizipation und ein integriertes Gesamtkonzept



Luftaufnahme Clarenberg · Foto: LEG Immobilien AG

Ausgangslage

Die Großwohnsiedlung Wohnpark Clarenberg wurde Anfang der 1970er-Jahre im Stadtteil Dortmund-Hörde errichtet. Insgesamt entstanden auf einer Fläche von acht Hektar 934 Wohneinheiten in 28 Gebäuden (vgl. Schütte-Haermeyer/Hanke 2007) mit vier bis 17 Geschossen. Im integrierten Handlungskonzept aus dem Jahr 1996 wurden neben einigen Potenzialen – wie gute Infrastrukturanbindung und Einkaufsmöglichkeiten (vgl. Stadt Dortmund 2008) – auch städtebauliche und gestalterische Missstände festgestellt. Bauliche Mängel wie schlechte Orientierungsmöglichkeiten im Quartier aufgrund unübersichtlicher Wegeführung, mangelnde Freiraumgestaltung, unterdimensionierte Hauseingangsbereiche, sanierungsbedürftige Fassaden sowie mangelnde Sauberkeit und eine schwache Sozialstruktur (u. a. hohe Arbeitslosigkeit) machten den Wohnpark unattraktiv. Bedingt durch starke Fluktuation und eine hohe Leerstandsquote war das Quartier von Anonymität geprägt; das Sicherheitsempfinden der Bewohnerschaft war insbesondere durch Angsträume in unübersichtlichen Durchgängen und Kellereingangsbereichen gering (vgl. ILS 2014). Entsprechend den Bedingungen vor Ort mündete dies in einem negativen Innen- und Außenimage der Siedlung (vgl. Schütte-Haermeyer/Hanke 2007; Stadt Dortmund 2008).

Kooperation der Akteure

Die Ruhr-Lippe Wohnungsbaugesellschaft mbH kaufte den Bestand der Clarenberg-Siedlung bereits 1992 mit dem Ziel auf, umfassende Sanierungsmaßnahmen durchzuführen ●. 1995 entstand, neben ersten Konzeptideen, das wohnungswirtschaftliche Quartiersmanagement, welches die Bewohnerinnen und Bewohner des Clarenbergs aktivierte und in die Planung einband ●●. 1996 entwickelte die Stadt Dortmund gemeinsam mit der Ruhr-Lippe Wohnungsbaugesellschaft mbH und der Landesentwicklungsgesellschaft NRW ein integriertes Handlungskonzept für das Quartier ●●●, ein Jahr später wurde es in das Städtebauförderprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ (heute: Soziale Stadt) aufgenommen (vgl. Schütte-Haermeyer/Hanke 2007; Stadt Dortmund Stadtplanungsamt 2004). Ziel des Handlungskonzeptes war die nachhaltige Verbesserung der städtebaulichen, ökonomischen und sozialen Situation. Umgesetzt wurde es in ergänzender Kooperation mit der Polizei, Trägern sozialer Einrichtungen und einem Jugendhilfebetrieb im Stadtteil ●●●● (vgl. Schnittger/Schubert 2005).

Bandbreite der Maßnahmen

Im Jahr 1998 konnte durch die Eigentümer mit den **baulichen Maßnahmen** begonnen werden ●: Im Rahmen eines künstlerischen Gesamtkonzeptes und der integrierten Leitidee „sicheres Wohnen“ wurden die **Fassaden der Gebäude** saniert, Gebäudeeingänge und das **Wohnumfeld neu gestaltet** sowie Angsträume beseitigt. Dabei wurde darauf geachtet, dass sich die Orientierung im Quartier verbessert: durch klare Sichtbeziehungen, künstlerisch gestaltete, besonders **groß dimensionierte Hausnummern** und mithilfe eines neuen **Beleuchtungskonzeptes**. Die Einrichtung eines **Concierge-Dienstes**, der auch die **Videoüberwachung** betreut, stärkte das Sicherheitsempfinden. Die gute Kooperation des Wohnungsunternehmens mit der Polizei ermöglichte wöchentlich einen gemeinsamen Rundgang mit dem Hausservice ●●. Des Weiteren wurden neue **soziale und kulturelle Angebote** eingeführt. So entstand in Zusammenarbeit mit der Diakonie unter anderem ein Second-Hand-Laden, der auch Arbeitsplätze in der Siedlung schuf ●● (vgl. Schnittger/Schubert 2005). Finanziert wurden viele der Maßnahmen über das damalige Landesprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – Soziale Stadt NRW“ sowie über Mittel der Stadt Dortmund. Die Kosten für die umfangreichen baulichen Maßnahmen übernahm die Ruhr-Lippe Wohnungsgesellschaft mbH ●●● (vgl. Schnittger/Schubert 2005).

Im Blickpunkt: Umfassende Bewohnerpartizipation über alle Phasen der Erneuerung

Das integrierte Handlungskonzept führte in Dortmund-Clarenberg zu positiven und nachhaltigen Ergebnissen. Neben dem aufgewerteten Erscheinungsbild verbesserte sich das Image des Stadtteils. Dies zeigt sich in einer verstärkten Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner mit der Wohnsiedlung und einer hohen Vermietungsquote. Ersteres wurde unter anderem anhand der stark gesunkenen Fluktuationsrate und des fast völligen Rückgangs der Vandalismusschäden festgestellt (vgl. Schütte-Haermeyer/Hanke 2007). Erfolgsfaktoren sind das alle Bereiche umfassende Gesamtkonzept und auch die intensive Bewohnerbeteiligung: Vor der Modernisierung wurden Informationsveranstaltungen durchgeführt, Hausversammlungen und Flur- bzw. Wohnungstürgespräche zur Erläuterung der Umbaumaßnahmen in den Eingangsbereichen organisiert und die Bewohnerinnen und Bewohner in die Planung der Außenanlagen aktiv einbezogen ●●. Auch während der Umbaumaßnahmen wurde die Beteiligung weitergeführt: Über den Jugendhilfebetrieb, der Jugendliche qualifiziert, beschäftigt und gleichzeitig Jugendsozialarbeit anbietet, konnten etwa 90 Prozent der geplanten Maßnahmen im Außenbereich von arbeitslosen Jugendlichen des Quartiers ausgeführt werden ● (vgl. Koch 2001). Die Pflege der Grünanlagen übernahmen wiederum Ehrenamtliche, die sich für Beet-Patenschaften bereiterklärt hatten. Auch in vielen anderen Bereichen konnten Ehrenamtliche aktiviert werden, z. B. für Sprachkurse, Kochkurse und Frühstücksgruppen ● (vgl. Schütte-Haermeyer/Hanke 2007). Die jetzige Eigentümerin, die LEG Immobilien AG, führt alle beschriebenen Maßnahmen erfolgreich weiter ●. Die Vollvermietung der Wohnanlage und das fast vollständige Zurückgehen von Vandalismus sind Kennzeichen für die Zufriedenheit der Bewohnerinnen und Bewohner.



Groß dimensionierte Hausnummern zur Verbesserung der Orientierung



Einsehbarkeit im Hauseingangsbereich · beide Fotos: LEG Immobilien AG

Quellen

ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH (2014, Hrsg.): Sicherheit im Quartier – Ansätze sozialräumlicher Kriminalprävention. Veranstaltungsdokumentation und Forschungsergebnisse. http://www.ils-forschung.de/files/publikationen/pdfs/Dokumentation_Sicherheit_im_Quartier_online_2015.pdf, letzter Zugriff: 27.07.2016.

Schnittger, Angela/Schubert, Herbert (2005): Beispiele für Kriminalprävention im Städtebau und in der Wohnungsbewirtschaftung. In: Schubert, Herbert (Hrsg.): Sicherheit durch Stadtgestaltung. Städtebauliche und wohnungswirtschaftliche Kriminalprävention – Konzepte und Verfahren, Grundlagen und Anwendungen. Köln: Verlag Sozial • Raum • Management, S. 33–108.

Schütte-Haermeyer, Uta/Hanke, Andreas (2007): Kommunen und Wohnungsunternehmen gemeinsam für das Quartier: Das Beispiel Dortmund-Hörde Clarenberg. In: Ballach, Annika/Fasselt, Jan (Hrsg.): Kommunen und Wohnungsunternehmen gemeinsam für das Quartier: Das Beispiel Dortmund-Hörde Clarenberg. Veranstaltungsdokumentation. ILS Dortmund, S. 19–24. http://www.soziale-stadt.nrw.de/stadtteile_projekte/downloads/reader_clarenberg.pdf, letzter Zugriff: 27.07.2016.

Stadt Dortmund (2008, Hrsg.): Clarenberg. Mut, Vision und Zuversicht. Portrait einer gelungenen Quartierserneuerung. Abschlussdokumentation. http://www.soziale-stadt.nrw.de/stadtteile_projekte/downloads/Clarenberg_Abschlussdokumentation.pdf, letzter Zugriff: 27.07.2016.

Stadt Dortmund Stadtplanungsamt (2004): Stadterneuerung in Dortmund von 1990 bis heute. https://www.dortmund.de/media/p/stadtumbau_hoerde_zentrum/downloads_stadtumbau_hoerde_zentrum/Bericht_Stadterneuerung.pdf, letzter Zugriff: 27.07.2016.

Koch, Andreas (2001): „Come On“ – Jugendhilfebetrieb Dortmund Hörde-Clarenberg. In: Regiestelle E&C der Stiftung SPI Sozialpädagogisches Institut Berlin (Hrsg.): Fachforum „Schule in sozialen Brennpunkten“. Veranstaltungsdokumentation, S. 56–61. <http://www.eundc.de/pdf/02300.pdf>, letzter Zugriff: 27.07.2016

GIESSEN, TROPFAUER STRASSE

„Sicher Wohnen in Hessen“ – Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten bei der Sanierung von Bestandsgebäuden



Außenansicht nach der Sanierung

Ausgangslage

Die Gießener Nordstadt war von 1998 bis 2008 Programmgebiet im Städtebauförderungsprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“. Dieses Bund-Länder-Programm hat zum Ziel, städtebaulich, wirtschaftlich und sozial benachteiligte Stadtteile aufzuwerten und zu stabilisieren. Die kommunale Wohnungs- und Verwaltungsgesellschaft Wohnbau Gießen GmbH beschreibt die Ausgangssituation im Quartier als einen Kreislauf sozialer Benachteiligung und baulicher Missstände. Aufgrund des zu beobachtenden Abwärtstrends – hohe Arbeitslosigkeit, Vandalismus, Gewalt, Drogen- und Alkoholkonsum, Abwanderung aus dem Quartier und in der Folge Wohnungsleerstand – beschloss das Unternehmen, seine Bestände zu sanieren. Neben den Alterserscheinungen der Wohngebäude wie unzureichender Wärmeschutz und veraltete Wohnungszuschnitte waren die durch städtebauliche Mängel ausgelösten Unsicherheitsgefühle bei der Bewohnerschaft Grund für die Sanierung. So waren beispielsweise die Hauseingänge schlecht einsehbar und nicht beleuchtet und der offene Freiraum im Zugangsbereich unübersichtlich (vgl. Pauli 2007a; Wohnbau Gießen GmbH 2006).

Kooperation der Akteure

Grundlage für die Aufwertungs- und Sanierungsmaßnahmen war ein städtebaulicher Vertrag zwischen der Stadt Gießen und der Wohnbau Gießen GmbH ●●. Er legte die Aufgabenbereiche und Maßnahmen der Akteure fest. Die Verantwortung für die Planung der gesamten Aufgaben übernahm das Wohnungsbauunternehmen ● (vgl. Wohnbau Gießen GmbH 2006). Unterstützend wirkte vor Ort außerdem das Stadtteilmanagement Nordstadtverein e.V. ●. Dieses stand als zusätzlicher Ansprechpartner vor Ort zur Verfügung und aktivierte Bewohnerinnen und Bewohner für eine Beteiligung am Prozess. Gefördert wurde der Verein von der Stadt Gießen, HEGISS (Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt) und der Städtebauförderung ●● (vgl. Pauli 2007a).

Bandbreite der Maßnahmen

Im Zuge der energetischen Sanierung wurden umfangreiche **bauliche Maßnahmen** ● durchgeführt. Bei ihnen wurden auch frühzeitig kriminalpräventive Aspekte berücksichtigt und Maßnahmen aus dem Sicherheitskonzept des Gütesiegels „Sicher Wohnen in Hessen“ umgesetzt. Für den **Einbruchschutz** wurden einbruchhemmende Türen und Fenster eingebaut sowie Gegensprechanlagen und Bewegungsmelder an allen Zugängen installiert. Darüber hinaus wurde das **Wohnumfeld übersichtlicher gestaltet** ●, indem Aufenthaltsbereiche und Spielplätze eingerichtet und Müllsammelplätze neu gestaltet, womit sich die Sauberkeit im Quartier verbesserte. Die Gestaltung von einsehbaren Eingangsbereichen und eine klare Abgrenzung zwischen dem öffentlichen und halb-öffentlichen Raum verbesserte das Sicherheitsgefühl. Zusätzlich wurden die Kellerzugänge von den Stirnseiten der Häuser auf die Eingangsseiten verlegt und somit einsehbar ●● (vgl. Pauli 2007a, 2007b; Wohnbau Gießen GmbH 2006). Die **sozialen Maßnahmen** umfassten unter anderem **Beratungsangebote von „Integrationslotsen“** ●, die vom Nordstadtverein e.V. zur Verfügung gestellt wurden. Die Wohnbau Gießen GmbH stellte ihrerseits Bestandsbetreuer ein, die Ansprechpartner und dafür verantwortlich waren, die soziale Kontrolle zu stärken und bei Streitigkeiten zu schlichten ●. Überdies gestaltete das Wohnungsunternehmen die Auswahl der Neumieter gezielter, um eine **ausgewogene Nachbarschaft** zu fördern ● (vgl. Pauli 2007a).

Im Blickpunkt: Umfassende Sicherheitskonzeption auf Grundlage des Gütesiegels „Sicher Wohnen in Hessen“

Mit dem Projekt Troppauer Straße bewarb sich die Wohnbau Gießen GmbH auf das Gütesiegel „Sicher Wohnen in Hessen“, eine Auszeichnung, die das Land Hessen in Kooperation mit dem Verband der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft ins Leben gerufen hat. Das für die Planung und Umsetzung herangezogene Sicherheitskonzept des Gütesiegels wurde von der Polizei und der Wohnungswirtschaft gemeinsam erstellt ●●. Das Konzept umfasst drei wesentlichen Aspekte: „bauliche Planung und Gestaltung“, „bauliche und mechanische Sicherheitseinrichtungen“ und „präventives Sozialmanagement“. Das Siegel zeichnet Neu- und Sanierungsprojekte aus, bei denen mit entsprechenden baulichen, aber auch sozialen kriminalpräventiven Maßnahmen Wohnungseinbrüche, Vandalismus und Gewalt reduziert werden sollen (vgl. Polizei Hessen 2015a). Für eine erfolgreiche Umsetzung stehen den Antragstellern des Siegels bereits in der Planungsphase und auch während der Bauausführung Fachberaterinnen und Fachberater der kriminalpolizeilichen Beratungsstellen ● und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft e.V. beratend zur Seite ● (vgl. Polizei Hessen 2015b).

Die Wohnbau Gießen GmbH erhielt im Jahr 2007 mit ihrem Modernisierungsprojekt in der Troppauer Straße 38-40 als erstes Bestandsprojekt in Hessen das Gütesiegel „Sicher Wohnen in Hessen“.



Außenansicht vor der Sanierung



Außenansicht nach der Sanierung und übersichtliche Gestaltung im Wohnumfeld, Spielplatz

Quellen

Pauli, Rainer (2007a): Bewerbungsbogen: Sicher Wohnen in Hessen (Troppauer Str. 38–40, Gießen). E-Mail Zusendung des Stadtplanungsamtes Gießen.

Pauli, Rainer (2007b): Wegweisendes Leuchtturmprojekt: Wohnhaus in der Troppauer Straße 38–40 wurde mit Sicherheits-Gütesiegel ausgezeichnet. guggle'ma – Das Gießener Wohnbau Magazin, 4/2007, S. 6–7.

Polizei Hessen (2015a): Aktion „Sicher Wohnen in Hessen“. Polizei Hessen. <https://www.polizei.hessen.de/Praevention/Staedtebauliche-Kriminalpraevention/broker.jsp?uMen=e7e70383-121d-3631-83f1-39e10ef798e7&uCon=87f61862-feb-e017-288b-5edad490cfa4&uTem=bff71055-bb1d-50f1-2860-72700266cb59>, letzter Zugriff: 08.09.2016.

Polizei Hessen (2015b): Gütesiegel. Sicher Wohnen in Hessen. Wir wollen, dass Sie SICHER LEBEN! https://www.polizei.hessen.de/File/Guetesiegel-SiWo-Broschuere-2015_1.pdf, letzter Zugriff: 04.08.2016.

Wohnbau Gießen GmbH (2006): Mit Bewohnern – für Bewohner – arbeiten und gestalten. Positionspapier der Wohnbau Gießen GmbH. <http://www.wohnbau-giessen.de/downloads/Positionspapier.pdf>, letzter Zugriff: 04.08.2016.

HANNOVER, GILDE CARRÉ

Städtebauliche Kriminalprävention von der Planung bis zur Umsetzung



Klar gestaltete Abgrenzungen im Außenbereich · Foto: OSTLAND Wohnungsgenossenschaft eG, Fotograf: Ralf Orlowski

Ausgangslage

Das Gilde Carré liegt im hannoverschen Stadtteil Linden-Mitte. Es wurde auf einem 2,2 Hektar großen Gelände einer ehemaligen Brauerei durch die OSTLAND Wohnungsgenossenschaft eG / Immobiliengesellschaft mbH errichtet. Entstanden sind sowohl Wohn- als auch Geschäftseinheiten. Die Herausforderung für das Projekt war, sich in die heterogene unmittelbare Nachbarschaft einzugliedern. Im Süden und Westen schließt ein verdichtetes Altbauquartier mit vielfältiger, gewachsener Infrastruktur an. Im Norden befindet sich das Ihmezentrum, ein Hochhauskomplex mit bis zu 22-geschossigen Wohn- und Bürogebäuden, welches ein schlechtes Image hat. Die Gründe dafür beziehen sich vor allem auf die Erschließung und die Erdgeschoss- sowie die Hoch-Eins-Ebene. Diese stehen leer, wodurch Verwahrlosungserscheinungen auftreten. Die häufigen Eigentümerwechsel und ein lang währender Sanierungsstau sorgen für Unmut. Wesentlicher Aspekt war es daher, dass sich das schlechte Image nicht auf das Neubauvorhaben überträgt und qualitätsvolles und sicheres Wohnen entsteht (vgl. Pfeiffer 2007, 2008).

Kooperation der Akteure

2001 kaufte die OSTLAND Wohnungsgenossenschaft eG das Grundstück mit dem Ziel, hier innenstadtnah Einfamilienhäuser und Geschosswohnungsbau zu errichten ●. Durch die städtebauliche Lage des Gebietes erschien es den Beteiligten sinnvoll, bereits im Vorfeld kriminalpräventive Aspekte in dem Vorhaben zu berücksichtigen. Daher wurde auf Anregung des Landeskriminalamtes Niedersachsen gemeinsam mit dem Kommunalen Kriminalpräventionsrat Hannover eine Arbeitsgruppe „Sicheres Wohnen“ gegründet. An ihr waren auch Vertreterinnen und Vertreter des Fachbereichs Planen und Stadtentwicklung der Stadt Hannover, der Polizeidirektion Hannover, der Ostland eG sowie das planende Architekturbüro, die Bezirksbürgermeisterin sowie eine Vertreterin der Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen aus dem Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, Abteilung Bauen und Wohnen, beteiligt ●●●●. Im ersten Schritt erstellte die Polizei ein kleinräumiges Kriminalitätslagebild des Gebietes ●. Dieses wurde in der Arbeitsgruppe „Sicheres Wohnen“ vorgestellt und ist zu großen Teilen in die weitere Planung eingeflossen ●●, wobei sicherheitsrelevante Aspekte bereits im Rahmen des vorhabenbezogenen Bebauungsplans berücksichtigt wurden ● (vgl. Pfeiffer 2007, 2008; SIPA Sicherheitspartnerschaft 2011).

Bandbreite der Maßnahmen

In den Jahren 2003 bis 2010 wurde das Gilde Carré unter Beachtung kriminalpräventiver Gesichtspunkte errichtet ●. Bei den baulichen Maßnahmen wurden durch die Anordnung der Baukörper eine **gute Orientierung** und **weiträumige Sichtbeziehungen** geschaffen. Sichtbeziehungen in den halböffentlichen Raum und von gegenüberliegenden Wohnungen in die Garten- und Terrassenbereiche anderer fördern die **soziale Kontrolle**. Letztere wurde zudem durch **klar gestaltete Übergänge zwischen halb-öffentlichem und privatem Raum** unterstützt ●. Ergänzend engagierten sich die Bewohnerinnen und Bewohner und übernahmen Patenschaften für die **Pflege der Freiflächen**, sodass für ein gepflegtes Erscheinungsbild des Grünraums gesorgt ist ●. Das soziale Miteinander vor Ort wurde unter anderem aufgrund von **generationsübergreifenden Wohnformen** gefördert und durch gemeinschaftliches Wohnen sowie eine ambulant betreute Wohngemeinschaft umgesetzt ●● (vgl. SIPA Sicherheitspartnerschaft 2011).

Im Blickpunkt: Polizeiliches Sicherheitslagebild als Grundlage des städtebaulichen Konzepts

Die Planung der Neubauten beruhte unter anderem auf dem im Vorfeld erstellten kleinräumigen Kriminalitätslagebild der Polizei. Erstmals wurden im Lagebild neben den Straftaten auch nachbarschaftliche Konfliktpotenziale wie Ruhestörungen und Lärmbelästigungen aufgenommen ●. Aufgrund der sensiblen Umgebung sollten unter anderem Tatgelegenheiten verhindert und situative Ansätze einbezogen werden. Dafür war es notwendig, eine erhöhte soziale Kontrolle zu ermöglichen. Das Lagebild floss in den vorhabenbezogenen Bebauungsplan und somit auch in die Umsetzung ein ●●. Für die Erhebung führte die Polizei Ortsbegehungen zu verschiedenen Tages- und Nachtzeiten durch ●. Außerdem wurden sogenannte sicherheitserhöhende Angebote (wie Einrichtungen der Jugendpflege und des Sports) sowie Belastungen bzw. Vorkommnisse aufgenommen (z. B. eine offene Drogenszene in der Nähe). Mithilfe dieser Erkenntnisse konnte festgestellt werden, dass ein erhöhtes Risiko von Wohnungseinbrüchen und illegalen Graffiti bestehen könnte. Aufbauend auf dem Lagebild wurde eine Baustruktur empfohlen ●, die zur Unterstützung der sozialen Kontrolle beiträgt, wie beispielsweise Grundstücksbegrenzungen, die Einblick ermöglichen, eine ständige Beleuchtung der Grundstückszugänge und eine spezielle Lasur gegen Graffiti und Tags auf dem Mauerwerk. Gegen den Rat der Polizei wurde eine umlaufende hohe Mauer errichtet. Sie sollte die Bewohnerinnen und Bewohner vor fremden Blicken schützen, bietet aber zugleich auch Schutz für Einbrecher, die vom Straßenraum aus nun nicht mehr gesehen werden. Daher wurde den Eigentümern empfohlen, zusätzlich Maßnahmen zum Einbruchschutz zu ergreifen ● (vgl. Pfeiffer 2007, 2008; SIPA Sicherheitspartnerschaft 2011).

Das Gilde Carré wurde 2011 mit dem Qualitätssiegel „ausgezeichnete Qualität“ der Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen ausgezeichnet. Dabei wurde gleichermaßen auf die sicherheitserhöhenden Wirkungen der städtebaulichen Form, die bauliche und technische Ausgestaltung wie auch auf die Aspekte des Managements und der Nutzerverantwortung Bezug genommen.



Nähe durch Sichtbeziehungen und Distanz durch Abgrenzungen der privaten Bereiche



Luftaufnahme Gilde Carré · beide Fotos: OSTLAND Wohnungsgenossenschaft eG, Fotograf: Ralf Orlowski

Quellen

Pfeiffer, Hartmut (2007): Die Polizei als Partner in der Stadtplanung: Modellprojekte in Niedersachsen. Planerin: Fachzeitschrift für Stadt-, Regional- und Landesplanung, 2007 (4), S. 17–20.

Pfeiffer, Hartmut (2008): Schlussfolgerungen aus dem niedersächsischen Modellprojekt „Kriminalprävention im Städtebau“. In: Landespräventionsrat Niedersachsen / Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit (Hrsg.): Die Sichere Stadt als interdisziplinäre Aufgabe: Deutsche und europäische Perspektiven, Dokumentation einer Fachtagung, 13./14. 12.2006, Lingen, S. 19–30. <http://www.lka.niedersachsen.de/download/95>, letzter Zugriff: 14.04.2016.

SIPA Sicherheitspartnerschaft (2011): OSTLAND Wohnungsgenossenschaft eG/ Immobiliengesellschaft mbH. http://www.sicherheit-staedtebau.de/daten/module/projekte/11/Ostland_Gilde_Carre_Projektdarstellung.pdf, letzter Zugriff: 20.01.2016.



Dichte Siedlungsstruktur der 60er Jahre in Köln-Bocklemünd · Foto: GAG Immobilien AG

Ausgangslage

Bocklemünd/Mengenich ist ein Stadtteil des Bezirks Ehrenfeld, am nordwestlichen Stadtrand Kölns gelegen. Geprägt ist er durch eine in den 1960er-Jahren entstandene Großwohnsiedlung. In dieser wohnten 2012 auf einer Fläche von 48 Hektar knapp 6.550 Kölnerinnen und Kölner. Laut einer Bestandsaufnahme im Rahmen eines Forschungsprojektes aus dem Jahr 2013 ist die aktuelle Situation des Wohnquartiers durch Verunreinigung, Vandalismus und städtebauliche Mängel geprägt und mit einem Imageproblem verbunden. Es wurde zudem deutlich, dass die Zusammenarbeit der im Stadtteil tätigen Akteure in Bezug auf Kriminalprävention verbessert werden kann, um diesen Problemen gezielter entgegenzuwirken. Aufgrund dessen gründete sich 2014 in Köln-Bocklemünd die „Bocklemünder Siedlungs-Koalition“ (BoSKo) (vgl. FH Köln 2014; Gronemeyer/Hechinger 2014a; Schubert et al. 2015).

Kooperation der Akteure

Initiiert wurde die Kooperation der BoSKo im Rahmen des Forschungsprojektes LOKOS („Lokale Koalition für Sicherheit in einem belasteten Stadtteil“) der Fachhochschule (FH) Köln. Der neuen Koalition gehörten folgende Partner an: die Stadt Köln ● (Bezirksbürgermeister Köln-Ehrenfeld, Ordnungsamt, Amt für Stadtentwicklung, Amt für Kinder, Jugend und Familie, Sozialraumkoordination), die Wohnungswirtschaft mit Beständen vor Ort ● (GAG Immobilien AG, LEG Immobilien AG, Antoniter Siedlungsgesellschaft mbH, Deutsche Annington/Vonovia), die Kölner Polizei ● und lokale soziale Einrichtungen ● (Katholische Jugendagentur, Bürgerschaftshaus und andere). Um die Vielzahl der auf die lokale Sicherheit wirkenden Faktoren abzudecken, wurden fünf Themenschwerpunkte erarbeitet. Diesen ordneten sich die jeweils relevanten Akteure aus den verschiedenen Bereichen zu. So entstanden themenorientierte Handlungsnetzwerke. Wissenschaftlich begleitet und koordiniert wurde die BoSKo in den ersten zwölf Monaten von der FH Köln (Angewandte Sozialwissenschaften) und der Universität zu Köln (Rechtswissenschaftliche Fakultät) ● (vgl. FH Köln 2014; Schubert 2015a; Schubert et al. 2015).

Das erste Handlungsnetzwerk entstand zwischen den lokalen Wohnungsunternehmen ●. Sein Ziel war es, Verunreinigungen und Vandalismusschäden entgegenzuwirken und den nachbarschaftlichen Zusammenhalt im Quartier zu fördern. Ein weiteres Handlungsnetzwerk besteht zwischen der GAG Immobilien AG und dem lokalen Einzelhandel ●●. Dieses Netzwerk legt seinen Schwerpunkt auf die Entwicklung des Einzelhandels vor Ort und die soziale Kontrolle des öffentlichen Raumes. Ein weiteres Handlungsnetzwerk, bestehend aus GAG Immobilien AG, Universität zu Köln (Rechtswissenschaftliche Fakultät) und Polizei, widmet sich dem Thema Videoüberwachung. In ihm werden Voraussetzungen und Möglichkeiten, vor allem aber auch rechtliche Grenzen der Videoüberwachung in einem Rechtsgutachten geprüft ●●●. Die gleichen Partner verständigen sich in einem weiteren Handlungsnetzwerk über Maßnahmen der städtebaulichen Kriminalprävention ●●. Darüber hinaus hat sich ein Handlungsnetzwerk aus sozialen Einrichtungen und der Stadt Köln gegründet. Es beschäftigt sich unter anderem mit der Einbindung von Jugendlichen in die Quartiersentwicklung ●● (vgl. Gronemeyer/Hechinger 2014b; Schubert 2015b; Schubert et al. 2015; Wolter 2015).

Die Handlungsnetzwerke erarbeiten ihre kurz- und langfristigen Ziele im Rahmen von regelmäßig stattfindenden Workshops. Die Maßnahmen werden anschließend im Zuge mehrerer Arbeitstreffen, die um weitere Akteure ergänzt werden können, umgesetzt. Ein von der GAG Immobilien AG finanzierter ● Koordinator unterstützt die Handlungsnetzwerke bei der Umsetzung. Er organisiert auch den Austausch zwischen diesen (vgl. FH Köln 2014; Schubert et al. 2015) ●.

Transfer in Deutschland ➔ BoSKo in Köln

Bocklemünder Stadtteil-Koalition



Technology
Arts Sciences
TH Köln

s r m
Forschungsschwerpunkt
SOZIAL • RAUM • MANAGEMENT

Strukturaufbau der Bocklemünder Stadtteil-Koalition – Interdisziplinäre Zusammenarbeit · Grafik: tabasco-media.com, in Anlehnung an Schubert, Herbert, Technische Hochschule Köln, Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften, Forschungsschwerpunkt Sozial • Raum • Management

Bandbreite der Maßnahmen

Ziel der Koalition ist es, die Sicherheit im Quartier zu verbessern. Um dies zu erreichen, leiteten die fünf **thematischen Netzwerke** aus den Entwicklungszielen Maßnahmen ab. Zu diesen gehört unter anderem die Herausgabe einer **Quartierszeitung**, um das Image und die Kommunikation im Quartier zu verbessern. Sie soll in Zusammenarbeit mit Bewohnerinnen und Bewohnern erscheinen ●●. Auch der **Einzelhandel** soll durch Teilnahme an Stadtteilsten intensiver in den Stadtteil eingebunden werden ●. Zu den weiteren Maßnahmen zählen die Anstellung eines Quartierskümmerers ● (finanziert durch die Wohnungsunternehmen) und die **Einbindung von Jugendlichen** in die Quartiersentwicklung über die Kommune und soziale Träger ●● (vgl. Schubert et al. 2015).



Vogelperspektive des Wohnquartiers Köln-Bocklemünd · Foto: GAG Immobilien AG

Im Blickpunkt: Abgestimmte städtebauliche Kriminalprävention im lokalen Netzwerk

Das Handlungsnetzwerk der städtebaulichen Kriminalprävention besteht aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bestandsmanagements und des Kundencenters der GAG Immobilien AG. Es wird fachlich vom Polizeipräsidium Köln unterstützt ●●. Die anfangs durchgeführte Bestandsaufnahme zur Sicherheit zeigte räumlich-technische Gestaltungsmängel auf, die behoben werden sollen. Als kurzfristiges Ziel (Zeithorizont: zwölf Monate) hat sich das Netzwerk darauf geeinigt, vor allem die Beleuchtung und Orientierung im Gebiet zu verbessern. Dies umfasst unter anderem ein einheitliches Beleuchtungskonzept, eine ausreichend große Kennzeichnung der Wohngebäude mit Hausnummern und eine gut erkennbare Wegebeschilderung sowie Infotafeln. Ein Beleuchtungskonzept wurde erarbeitet und von der Polizei Köln bewertet ●. Des Weiteren wurde mit der Stadt Köln eine einheitliche Beleuchtung abgestimmt, die aus dem privaten Wohnumfeld in den öffentlichen Raum übergeht ●●. Das Beschilderungskonzept des Quartiers wird mit dem Handlungsnetzwerk, das zwischen dem Einzelhandel und der GAG besteht, koordiniert ●● (vgl. Schubert et al. 2015). Die enge Verzahnung der Handlungsnetzwerke stellt sicher, dass Maßnahmen der städtebaulichen Kriminalprävention im Verbund und aufeinander bezogen konzipiert werden.

Quellen

- FH Köln** (2014): Den sozialen Zusammenhalt in Köln-Bocklemünd stärken. Pressemitteilung vom 17.12.2014. https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/aktuell/pm/2014/pm_81_2014_bocklem%C3%BCnder_siedlungskoalition.pdf, letzter Zugriff: 08.09.2016.
- Gronemeyer, Sarah/Hechinger, Simon** (2014a): Fragen eines Trägervereins zu Verstärkung der BoSKo. Gutachten erstellt im Rahmen des Projekts L.O.K.O.S. SRM-Arbeitspapier Arbeitspapier 61. https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/fakultaeten/f01/srm-arbeitspapier61_lokos_tra_gerverein.pdf, letzter Zugriff: 10.03.2016.
- Gronemeyer, Sarah/Hechinger, Simon** (2014b): Möglichkeit des Datenaustausches in der „Bocklemünder Siedlungs-Koalition“ (BoSKo). Gutachten erstellt im Rahmen des Projektes L.O.K.O.S. SRM-Arbeitspapier Arbeitspapier 59. https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/fakultaeten/f01/srm-arbeitspapier59_lokos_datenaustausch.pdf, letzter Zugriff: 10.03.2016.
- Schubert, Herbert** (2015a): Kriminalprävention in der Stadt – Traditionelle Ansätze und neue Perspektiven. Präsentiert bei: Grenzenlose Sicherheit? Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung, SiFo - Fachdialog Sicherheitsforschung, 7./8. Mai 2015, Berlin. www.sifo-dialog.de/sifo-wAssets/docs/unterlagen-veranstaltungen/konferenz-2015/Session1/SCHUBERT_20150507-Kriminalpraevention-in-der-Stadt.pdf, letzter Zugriff: 28.04.2016.
- Schubert, Herbert** (2015b): Zesamme simmer stark – Erfahrungen mit BoSKo (Bocklemünder Siedlungs-Koalition). Präsentiert bei: Zusammenhalt im Veedel – Kooperationsperspektiven für die Wohnungswirtschaft, Fachtagung, 15.9.2015, TH Köln. https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/fakultaeten/f01/schubert-bosko_zusamme_simmer_stark.pdf, letzter Zugriff: 14.04.2016.
- Schubert, Herbert/Wolter, Daniel/Naddaf, Zijad** (2015): Lokale Koalition für Sicherheit. Grundlagen für eine neue Sicherheitsarchitektur in Köln Bocklemünd. Abschlussbericht. Forschungsschwerpunkt Sozial • Raum • Management der TH Köln Arbeitspapier 58. Köln. https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/fakultaeten/f01/srm-arbeitspapier58_lokos_abschlussbericht.pdf, letzter Zugriff: 09.03.2016.
- Wolter, Daniel** (2015): Was eine Siedlungs-Koalition bewirken kann. vm VerbandsMagazin des VdW Rheinland Westfalen, 11/2015, S. 8. http://www.vdw-rw.de/fileadmin/publikationen/vm/VM_2015/VM-11-2015-Web.pdf, letzter Zugriff: 09.03.2016.

LANGENHAGEN, EICHENPARK

Kriminalprävention in der Entwurfs- und Bauleitplanung



Entwurf zum Cluster 1 unter Berücksichtigung sicherheitsrelevanter Merkmale · Grafik: Stadt Langenhagen / Architektengemeinschaft Hübötter + Stürken

Ausgangslage

Das Plangebiet Eichenpark in Langenhagen liegt zentral in der Stadt und befindet sich zu Teilen auf einem ehemaligen Klinikgelände. Westlich befindet sich die KRH Psychiatrie Langenhagen, im nördlichen Bereich schließt ein Einkaufszentrum an. Auf dem Areal sollen Wohngebäude mit insgesamt 155 Wohneinheiten neu errichtet werden. Planung und Entwicklung des Wohngebietes wurden in zwei Clustern ausgeschrieben. Für das Cluster 1 entwickeln zwei Wohnungsbaugesellschaften in Kooperation mit einem Architektur- und einem Freiraumplanungsbüro die Entwürfe. Entwürfe zum Cluster 2 wurden in einem Bieterverfahren zum Thema „Eichenpark/Wohnen für Jung und Alt“ eingeholt. Die von der Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen entwickelte Arbeitshilfe „Sichere Räume“ war Grundlage für die Ausarbeitung der Entwürfe. Über den Stadtbaurat der Stadt Langenhagen wurde die Stadtverwaltung aufgefordert, die Arbeitshilfe als Orientierung für die Entwurfs- und Bauleitplanung aufzubereiten und die Inhalte an die Wohnungsunternehmen und die (Landschafts-)Architekten zu vermitteln.

Kooperation der Akteure

Der Fachdienst Planung und Geoinformation der Stadt Langenhagen ● nutzte die Arbeitshilfe als Orientierung, um zu testen, ob deren Kriterien einen Mehrwert bieten können und sich ihre Anwendung im Planungsverfahren sichern lässt. Gemeinsam mit dem Landeskriminalamt Niedersachsen wurden Beratungs- und Diskussionsrunden durchgeführt. So konnte die polizeiliche Perspektive die Stadtverwaltung schon im Planungsprozess unterstützen ●●. Als Kernfrage wurde getestet, wie eine „Arbeitshilfe als Checkliste im Prozess von der Bauleitplanung über die Planung und Vorbereitung des Bauantrages hin bis zur weiteren Objekt- und Freiflächenplanung integriert und berücksichtigt werden“ (Schubert 2014, S. 25) kann. Der kommunalen Stadtplanung kam in diesem Zusammenhang die Aufgabe zu, die Kriterien nicht nur selbst zu berücksichtigen, sondern diese auch an die Bauherren und deren Planerinnen und Planer weiterzuvermitteln ●. Für die weitere Berücksichtigung der Aspekte wurde daher ein fachübergreifender Langenhagener Arbeitskreis eingerichtet. Er bestand im Kernteam aus Fachkräften des Fachdienstes Planung und Geoinformation der Stadt Langenhagen, der Liegenschaftsabteilung, der kommunalen Wirtschaftsförderung und den beiden Wohnungsbaugesellschaften sowie deren Architektur- und Freiraumplanungsbüros ●●●. Im erweiterten Kreis wurden der kommunale Präventionsrat, die Polizeiinspektion Burgdorf und der Langenhagener Betriebshof eingebunden ●●● (vgl. Schubert 2014, S. 28).

Bandbreite der Maßnahmen

Auf Grundlage der Arbeitshilfe und der gemeinsamen Diskussion mit den Expertinnen und Experten wurden zahlreiche **Anpassungen der städtebaulichen und architektonischen Entwürfe** vorgenommen ●●●. Im Außenraum wurde die **Trennung öffentlicher von halböffentlichen Räumen** durch Belag und Beleuchtung berücksichtigt. Hecken durften maximal 1,20 m bzw. 1,50 m hoch sein, um **Sichtbeziehungen nicht zu verstellen**. Darüber hinaus wurden im gesamten Quartier kurze Wege zu ÖPNV, Einzelhandel, sozialer Infrastruktur usw. vorgesehen, **gut strukturierte Eingangszonen** mit Fahrradabstellmöglichkeiten, zentrale Abfall- und Wertstoffentsorgung ins Außenraumkonzept und eine **robuste Möblierung** ins Wegenetz integriert. Am Gebäude wurden Gesichtspunkte wie die **Orientierung der Fenster** hin zur Straße und zum halböffentlichen Raum (Wohnhöfe), die **Beleuchtung** von Hausnummern, Schildern und Zugängen sowie das Anbringen der Briefkästen nicht im Flur, sondern vor der Haustür berücksichtigt. Die **Tiefgarageneinfahrten wurden hell und transparent gestaltet** und sind von der Wohnebene mit dem Fahrstuhl erreichbar. **Einbruchschutzmaßnahmen** wie Sicherheitstüren wurden umgesetzt ● (vgl. Hettwer 2016).

Im Blickpunkt: Kriminalprävention von der Bauleitplanung zur Umsetzung

Das Projekt Eichenpark in Langenhagen ist ein Beispiel, das sicherheitsrelevante Aspekte von der Bauleitplanung bis zur Umsetzung eines Vorhabens berücksichtigt. Durch den Vermittlungsprozess kriminalpräventiver Kriterien durch das Stadtplanungsamt über die Bauherren an die Planungsbüros wurde eine Präventionskette sichergestellt, die über alle Planungsphasen reichte ●●●. Hierfür wurden von den Projektbeteiligten in einem halbjährigen Planungsprozess die einzelnen Kriterien analysiert und bearbeitet. Dabei wurde festgestellt, dass nicht alle Kriterien in jedem Planungsschritt und für jeden Akteur gleichermaßen von Bedeutung sind. Daher empfiehlt sich, die Aspekte in vier Planungsschritte zu unterteilen, um somit relevante Kriterien der Kriminalprävention für verschiedene Phasen zu differenzieren: 1. Aufstellung eines (vorhabenbezogenen) Bebauungsplans, 2. Bauantragsphase, 3. Phase der detaillierten Architektur- und Freiraumentwürfe und 4. Ausschreibung der Leistungen und Betriebsphase. Weiterhin schlugen die Projektbeteiligten vor, die Arbeitshilfe für Fachkräfte der kommunalen Stadtplanung, Architektinnen und Architekten sowie Fachkräfte der Landschaftsplanung und Investoren zu kategorisieren. Die kommunale Stadtplanung hat hierbei als Vermittlerin kriminalpräventiver Kriterien im Städtebau eine wichtige Rolle im gesamten Planungsprozess inne ●. Die genutzte Handreichung „Sichere Räume - Arbeitshilfe für die Planung und Bewertung öffentlicher Räume unter Sicherheitsaspekten“ der Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen wurde dabei – nach anfänglicher Skepsis aufgrund der umfangreichen Kriterienliste – als hilfreiches Instrument angesehen, um die Stadtplanung bei dieser Aufgabe zu unterstützen und die Qualität eines Neubaugebietes von der Planung bis zur Umsetzung sicherzustellen.



Berücksichtigung sicherheitsrelevanter Aspekte auf Ebene des Bebauungsplans Grafik: Stadt Langenhagen

Quellen

Hettwer, Carsten (2016): Sicherheit im Städtebau. Die Dritte Generation. Das Beispiel der Bauleitplanung für das Quartier „Eichenpark“ in Langenhagen. Hannover. www.sipa-niedersachsen.de/html/download.cms?id=29, letzter Zugriff am 10.08.2016.

Schubert, Herbert (2014): Erprobung der Arbeitshilfe „Sicherheit für wohnbezogene Infrastruktur in der Kommune“ in der Praxis der städtebaulichen Prävention. Evaluationsbericht. Hannover. www.sipa-niedersachsen.de/html/download.cms?id=38, letzter Zugriff am 10.08.2016.

SCHWEINFURT

Kurze Wege zwischen Polizei und Kommune – Verstetigung eines Gemeinschaftsprojekts



Gemeinschaftsprojekt von Kommune und Polizei organisiert. Interkulturelle Wochen - Titelbild des Programmheftes · Grafik: Elena Keylina

Ausgangslage

Schweinfurt ist eine kreisfreie Stadt in Bayern, in der rund 52.000 Menschen leben. In den 1990er-Jahren nahmen dort die Verschmutzung öffentlicher Räume wie Straßen, Wege und Grünanlagen sowie aggressives Verhalten jugendlicher Cliquen stark zu. Dies beeinträchtigte das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger und spiegelte sich auch in einer erhöhten Häufigkeitszahl solcher Vorkommnisse in der Polizeistatistik wider. Gleichzeitig nimmt die Diversität der Bevölkerung kontinuierlich zu. Dadurch entstehen neue Erfordernisse für die Integration aller Bevölkerungsgruppen. Es zeigte sich, dass Toleranz, Gewaltlosigkeit und Zivilcourage stärkerer Förderung bedürfen. (vgl. Mantel/Feser 2010; Zeitbild Stiftung o. J.).

Kooperation der Akteure

Im 2003 gegründeten Gemeinschaftsprojekt von Polizei und Kommune „gerne daheim in Schweinfurt“ stehen die Handlungsfelder Sauberkeit im öffentlichen Raum, Sicherheit und Ordnung in der Stadt und Integration aller Bevölkerungsgruppen im Zentrum. Polizei und Kommune haben jeweils Personalmittel für das Gemeinschaftsprojekt zur Verfügung gestellt, um eine enge Kooperation zu gewährleisten. Die jährlichen Arbeitsschwerpunkte werden zwischen der Verwaltungsspitze und der Polizei abgestimmt ●●. Die Kooperation von Polizei und Kommune wird je nach Themenfeld um unterschiedliche Projektpartner erweitert ●. So wird beispielsweise im Bereich Sauberkeit mit dem Servicebetrieb Bau und Stadtgrün kooperiert, in der Straßensozialarbeit mit der Jugendhilfeeinrichtung Haus Marienthal, mit Kindergärten, Schulen und der Volkshochschule im Bereich Bildung und Integration sowie mit Migrantenselbstorganisationen und dem Integrationsbeirat ● (vgl. Mantel/Feser 2010).



Aktion City Reinigung zur Verbesserung der Sauberkeit in der Stadt · Foto: Martina Müller



City Reinigung · Foto: Martina Müller

Bandbreite der Maßnahmen

Seit 2003 wurden stadtweit zahlreiche Projekte durchgeführt. „Gerne daheim in Schweinfurt“ ist jeweils für die **Koordinierung und Finanzierung einzelner Projekte** verantwortlich und **fördert die Netzwerkarbeit** zwischen den jeweils relevanten Akteuren ●●.

Im Handlungsfeld Sicherheit und Ordnung in der Stadt waren zu Beginn des Projekts eine **erhöhte Polizeipräsenz im gesamten Stadtgebiet** ● und ein **gezielterer Einsatz des Ordnungsdienstes** ● notwendig (vgl. Helferich 2013a; Mantel/Feser 2010; Polizeiinspektion Schweinfurt 2016). Im Kernbereich der Stadt wurden zudem die sogenannten **Angsträume durch die Polizei verstärkt kontrolliert**, wobei von den Beamten eine niedrige Einschreitschwelle verlangt wurde. Einer dieser Angsträume war der Rossmarkt, an dem die Polizei außerdem eine **Videüberwachung** installierte ●. Insgesamt konnte durch die Gesamtheit der Maßnahmen das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger in der Stadt verbessert werden. Auch ließ sich die Situation am Rossmarkt durch die erhöhte Polizeipräsenz entschärfen, wenngleich sie auch weiterhin im Fokus der polizeilichen Arbeit steht (vgl. Polizeiinspektion Schweinfurt 2016). Mit präventiven Maßnahmen – **beispielsweise Seminaren zur Zivilcourage oder zur Verhinderung von Nutzungskonflikten auf Spielplätzen** –, die vom Kontaktbeamten der Polizei ● übernommen wurden, sollen Ordnungswidrigkeiten und Delikte im öffentlichen Raum verhindert werden. Bestandteil von „gern daheim in Schweinfurt“ sind außerdem die **Kooperation und der Informationsaustausch mit der Sicherheitswacht** ●●●. Diese kümmert sich um kleinere Ordnungsstörungen wie Unrat und Lärm in der Innenstadt (vgl. Polizeiinspektion Schweinfurt 2016). Die Sicherheitswacht in Bayern ist der Polizei unterstellt und erlaubt es ehrenamtlichen Bürgerinnen und Bürgern, die Arbeit der Polizei zu unterstützen. Sie haben die Befugnis, Personalien festzustellen und Platzverweise zu erteilen. Die Ehrenamtlichen sind an einer Armbinde zu erkennen und tragen weder Uniform noch Waffe. Die Sicherheitswacht ist keine Bürgerwehr, ihre Ehrenamtlichen sind keine Hilfspolizisten.

Im Handlungsfeld Integration wurden auf Initiative von „gern daheim in Schweinfurt“ Personalstellen für **Streetworker** eingerichtet ●. Zusammen mit der Stabsstelle wurde unter anderem ein Projekt für Jugendliche mit drohender Obdachlosigkeit initiiert. Das Projekt stellt diesen Jugendlichen Wohnraum zur Verfügung, berät sie zu Ausbildung und Beschäftigung, fördert Basiskompetenzen, etwa zur Alltagsstrukturierung, Pünktlichkeit und Konfliktfähigkeit ●● (vgl. Haus Marienthal gGmbH o.J.; Projektleitung gerne daheim in Schweinfurt 2016). Fester Bestandteil des Netzwerks von „gern daheim in Schweinfurt“ sind des Weiteren Wohnungsunternehmen. So wird gemeinsam mit diesen **Wohnraum an Obdachlose oder an anerkannte Flüchtlinge vermittelt** ● (vgl. Helferich 2013b, 2014, 2015; o. A. 2003; Projektleitung gerne daheim in Schweinfurt 2016). Darüber hinaus organisiert das Projekt **interkulturelle Wochen**, an denen sich zahlreiche lokale Akteure ● beteiligen. Sie fördern das Zusammenleben in Vielfalt, indem durch Begegnung Vorurteile und Ablehnung anderer abgebaut werden (vgl. Stadt Schweinfurt 2016).

Im Blickpunkt: Die enge Kooperation von Polizei und Kommune

Das Projekt „gerne daheim in Schweinfurt“ zeigt, wie eine zunächst projektbezogene enge Zusammenarbeit von Polizei und Kommune verstetigt werden kann. Zunächst wurde für vier Jahre eine intensive Zusammenarbeit zwischen der Polizeiinspektion und der Stadt Schweinfurt vereinbart: Je ein Mitarbeiter der Polizei und der Stadt Schweinfurt wurden mit halben Personalstellen für diese Aufgabe freigestellt, um Vernetzungs- und Koordinationsaufgaben zu übernehmen sowie Projekte zu initiieren. Die enge Kooperation wird dadurch unterstützt, dass sich die Projektmitarbeiter von Polizei und Kommune ein Büro im Rathaus teilen. Nach drei Jahren wurden erste Erfolge erzielt, so dass das Projekt um weitere drei Jahre bis 2010 verlängert und anschließend als Gemeinschaftsprojekt beider Akteure institutionalisiert wurde. Es wurde als Stabsstelle zunächst direkt dem Oberbürgermeister zugeordnet. Aufgrund der aktuellen Herausforderungen in der Asylarbeit, die verstärkt Maßnahmen im Bereich Soziales erfordern, wurde das Gemeinschaftsprojekt zu Beginn des Jahres 2016 in der Kommunalverwaltung dem Referat V mit den Themen Soziales, Jugend, Sport und Bildung angegliedert (vgl. Landgraf 2015). Um die Themenvielfalt des Vorhabens abzudecken, werden Einzelmaßnahmen und Projekte ausschließlich mit Kooperationspartnern durchgeführt. Dadurch wird „gerne daheim in Schweinfurt“ zu einem zentralen Netzwerkknoten der lokalen Integrations- und Präventionsarbeit (vgl. Mantel/Feser 2010).

Das Projekt „gerne daheim in Schweinfurt“ wurde im Jahr 2004 aufgrund seines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes der Prävention mit dem Deutschen Förderpreis Kriminalprävention ausgezeichnet.

Quellen

- Haus Marienthal gGmbH** (o.J.): Streetwork. <http://www.haus-marienthal.com/unser-angebot/sozialraeumliche-angebote/streetwork>, letzter Zugriff: 31.08.2016.
- Helferich, Hannes** (2013a): Mit sanften Methoden gegen Trinkgelage. Mainpost, 29.07.2013. <http://www.mainpost.de/regional/schweinfurt/Polizeichefs-Probleme-und-Krisen-Projektleiter-Rucksaecke-Weichsel;art742,7600391>, letzter Zugriff: 27.01.2016.
- Helferich, Hannes** (2013b): „Streetwork Schweinfurt“ mit neuem Konzept. Mainpost, 19.06.2013. <http://www.mainpost.de/regional/schweinfurt/Hilfsvereine-Lebenswelten-Schulhoefe-Sorgen-Streetworker;art742,7530705>, letzter Zugriff: 18.05.2016.
- Helferich, Hannes** (2014): Sicherheitswacht beim Bürger gern gesehen. Mainpost, 04.02.2014. <http://www.mainpost.de/regional/schweinfurt/Beleidigungen-Besserverdiener-Bussgelder;art742,7950311>, letzter Zugriff: 18.05.2016.
- Helferich, Hannes** (2015): Aktion „Schweinfurt reinigt“: Von wegen saubere City. Mainpost, 11.05.2015. <http://www.mainpost.de/regional/schweinfurt/Abfallberatung-Einwegverpackungen-Gegenmassnahmen-Sozialversicherungssysteme-Umweltausschuesse;art495764,8718492>, letzter Zugriff: 18.05.2016.
- Landgraf, Gerd** (2015): Ämterserie: gerne daheim in Schweinfurt. Mainpost, 01.10.2015. <http://www.mainpost.de/regional/schweinfurt/Asylbewerber-Streetworker;art742,8936259>, letzter Zugriff: 27.01.2016.
- Mantel, Harald/Feser, Peter** (2010): Projekt „gerne daheim in Schweinfurt“, Stadt Schweinfurt, S.30. http://www.schweinfurt.de/m_1916, letzter Zugriff: 27.01.2016.
- o. A.** (2003): Eine problematische Klientel. Mainpost, 28.03.2003. <http://www.mainpost.de/regional/schweinfurt/Eine-problematische-Klientel;art742,2125891>, letzter Zugriff: 18.05.2016.
- Polizeiinspektion Schweinfurt** (2016): E-Mail-Auskunft zu „gerne daheim in Schweinfurt“, 14.07.2016.
- Projektleitung gerne daheim in Schweinfurt** (2016): E-Mail-Auskunft zu „gerne daheim in Schweinfurt“, 04.07.2016.
- Stadt Schweinfurt** (2016): Interkulturelle Wochen Schweinfurt. Programmheft. Stabsstelle „gerne daheim in Schweinfurt“. https://www.schweinfurt.de/leben-freizeit/ehrenamt-projekte/gerne-daheim-in-sw/m_24321, letzter Zugriff: 26.09.2016.
- Zeitbild Stiftung** (o. J.): gerne daheim in Schweinfurt. <http://www.jugendgewalt-vorbeugen.de/projekte/gerne-daheim-in-schweinfurt.html>, letzter Zugriff: 27.01.2016.

WOLFSBURG, NEUE BURG

Kriminalprävention durch Anpassung bestehender Großstrukturen



Die Neue Burg nach dem Rückbau und der Sanierung · Foto: Neuland

Ausgangslage

Die Großwohnsiedlung Burg der städtischen Neuland Wohnungsgesellschaft mbH wurde im Jahr 1968 errichtet. Sie liegt acht Kilometer von der Stadtmitte Wolfsburgs entfernt im Stadtteil Detmerode. Bis 2008 hatte die Burg – sie umfasst 534 Wohneinheiten – mit Leerstand zu kämpfen und entwickelte sich zu einem problembehafteten Quartier: Zum einen zeigte sich eine Überalterung der Bewohnerschaft. Zum anderen begünstigten die Gleichförmigkeit der Bebauung und die Anonymität in den Gebieten unter anderem Nachbarschaftskonflikte. Außerdem waren die Wohnungsgrundrisse nicht mehr zeitgemäß (vgl. Bundesbaublatt 2008). 2008 entschied sich die Neuland Wohnungsgesellschaft daher für ein modernes Umbau- und Dienstleistungskonzept. Es sah vor, in mehreren Bauabschnitten sowohl rück- als auch neu zu bauen und dabei sicherheitsrelevante Aspekte von vornherein zu berücksichtigen (vgl. Schoof 2012). Dem Gebiet wurde nach der Veränderung der Name Neue Burg gegeben.

Kooperation der Akteure

Begleitend zum Rück- und Neubaugeschehen tauschten sich die Neuland Wohnungsgesellschaft mbH und der Bereich Soziales der Stadt regelmäßig aus und arbeiteten eng zusammen, zudem auch mit Streetworkern und dem Kontaktbeamten der Polizei ●●●●. Vor dem Umbau wurde häufiger in den Jugendtreff der „Burg“ eingebrochen. Der Kontaktbeamte verstärkte daraufhin eigeninitiativ seine Präsenz in dem Quartier. In der „Neuen Burg“ bestehen Kooperationen mit diversen Dienstleistern und sozialen Trägern, beispielsweise mit den ambulanten Pflegediensten und der offenen Jugend-, Eltern- und Netzwerkarbeit ●●. Ein Hausmeister vor Ort steht der Bewohnerschaft als Kümmerer zur Verfügung. Das Wohnungsunternehmen bietet der Bewohnerschaft zusätzlich Beratungen zur Wohnraumanpassung im Alter an ● (vgl. Helm 2014).



Reduzierung der Gebäudehöhe und Neugestaltung der Eingangsbereiche · Foto: Anke Schröder



Nach dem Rückbau barrierefrei gestaltete Eingangsbereiche · Foto: Neuland



Klare Wegeverbindungen zwischen rückgebauten und sanierten Gebäuden · Foto: Anke Schröder

Bandbreite der Maßnahmen

Im ersten Bauabschnitt von 2008 bis 2011 wurden sieben der 24 bis zu neunstöckigen Gebäude auf vier Vollgeschosse und ein Staffelgeschoss rückgebaut und umfangreich modernisiert. Die Anzahl der Wohnungen sank hierdurch auf 339. Im zweiten Bauabschnitt wurde weiter rückgebaut, einzelne Gebäude wurden abgerissen (vgl. Schoof 2012). Auf der entstandenen Freifläche wurden neue Wohneinheiten in einzelnen Stadtvillen errichtet. Diese sind so gegeneinander verschoben, dass sie **optimale Belichtungen** erlauben, Privatsphäre schaffen und gleichzeitig durch die Anordnung der Fenster zur Straße hin **soziale Kontrolle** fördern. Durch den Rückbau der Gebäudekomplexe wurde die „Neue Burg“ entanonymisiert ●: Die neu geschaffenen Freiräume zwischen den Hochhäusern und die neu gestalteten Eingänge lassen den Maßstab „menschlicher“ erscheinen. Sie bieten **Aufenthalts- und Kommunikationsbereiche mit Freiflächen für verschiedene Altersgruppen**. Mit sozialen Trägern ist eine **Wohngemeinschaft für Senioren** entstanden ●●, die **Kinder- und Jugendarbeit** bietet diverse Aktivitäten an ●●, ein Hausmeister ist ausschließlich für die Wohnanlage ansprechbar ●. Ein **Beleuchtungskonzept** für den Freiraum und innerhalb der Gebäude unterstützt das Sicherheitsempfinden. Ein stark frequentierter Treffpunkt für Jugendliche liegt am Rande der Siedlung. Er ist weit genug entfernt, um das Ruhebedürfnis der Anwohnerinnen und Anwohner nicht zu stören. **Nutzungskonflikte** können dadurch verhindert werden. Gleichzeitig ist er nahe genug an den Wohnungen, um eine gute Erreichbarkeit zu gewährleisten. Im Bestand wurden die Fassaden neu gestaltet und energetisch saniert. Alle Treppenhauseingänge sind über sämtliche Geschosse verglast, die Hauseingänge gut belichtet und leicht erkennbar, um die **Übersichtlichkeit und Orientierung** im Quartier zu fördern. Alle Eingänge sind barrierearm zu erreichen. In einem Teil des Neubaus wurde ein **Nachbarschaftstreff** installiert, der als Mieter-Treffpunkt und Veranstaltungsort dient ●. Dies fördert die Aktivitäten im Quartier und stärkt somit die Nachbarschaft (vgl. Rebe 2013; Neuland o.J.).

Im Blickpunkt: Sicherheitsrelevante Aspekte bei erforderlicher Erneuerung mitdenken

Die Großwohnanlage Burg entsprach nicht mehr den Anforderungen an ein zeitgemäßes Wohnumfeld. Aufgrund hoher Leerstände und alter Baustrukturen wurde durch den Rückbau und den Ausbau wohnbegleitender Maßnahmen ein komplett erneuertes Quartier geschaffen ●. Besonders hervorzuheben ist hierbei die frühzeitige Berücksichtigung sicherheitsbezogener Gesichtspunkte. Dadurch führt die Umsetzung entsprechender Maßnahmen nicht zwingend zu Mehrkosten. Aufgrund der frühzeitigen Berücksichtigung konnten die Maßnahmen an sicherheitsrelevante Aspekte angepasst werden, was beispielsweise die Koordination baulicher und sozialer Maßnahmen zur Stärkung der Nachbarschaften betrifft. Zu diesen gehörten zielgruppenspezifische Wohn- und Betreuungsangebote, Mehr-Generationen-Wohngemeinschaften, Kinder- und Jugendarbeit mit diversen Aktivangeboten sowie der Hausmeister als Kümmerer ●●. Die Wohnungsgesellschaft berücksichtigte zudem Wohnungstauschwünsche innerhalb des Quartiers und unterstützte eine Nachbarschafts- und Jugendtreffereinrichtung ●● (SIPA o.J.). Im Umbauprozess beachtete die Wohnungsgesellschaft die sicherheitsrelevanten Kriterien des Qualitätssiegels für sicheres Wohnen der Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen (SIPA) in den Bereichen (a) städtebauliche, architektonische Gestaltung sowie technische Ausstattung, (b) Management und (c) Nutzungsverantwortung. Sie wurde daher mit der höchsten Stufe des Qualitätssiegels für mehr Lebensqualität ausgezeichnet ●●●.

Die Neue Burg Wolfsburg erhielt mehrere Auszeichnungen, darunter den BDA-Preis Niedersachsen 2012, Zukunft Wohnen 2012 und das Niedersächsische Qualitätssiegel für sicheres Wohnen.

Quellen

Bundesbaublatt (2008): Modernisierung in Wolfsburg. Imagewandel einer „Wohnburg“. Zeitschrift für die Immobilien- und Wohnungswirtschaft, 06/2008. www.bundesbaublatt.de/artikel/bbb_Imagewandel_einer_a_Wohnburga__12071.html letzter Zugriff: 11.07.2016.

Helm, Irina (2014): Chancen der Umsetzung von Quartiersansätzen, Neuland Wohnungsgesellschaft mbH, Wolfsburg. http://www.wolfsburg.de/~media/Wolfsburg/Statistik_Daten_Fakten/Soziales/Fachtagung-Wohnen/Neuland_Quartiersansaeetze_Lebensraeume-gestalten_20141010_2.ashx?la=de-DE, letzter Zugriff: 11.07.2016.

Neuland (o.J.): Neubauprojekt Neue Burg. www.nld.de/neubau/neue-burg, letzter Zugriff: 16.08.2016.

Rebe, Sabine (2013): Niedersächsisches Qualitätssiegel „Sicheres Wohnen“, Gefühlte Sicherheit im Quartier als Planungsaufgabe. In: Huss Medien GmbH Berlin (2013): Immobilien vermieten und verwalten, Sonderausgabe 2013. S. 60 ff.

Schoof, Jakob (2012): Housing Estate Image Transformation. www.detail-online.com/article/housing-estate-image-transformation-16364/, letzter Zugriff: 11.07.2016.

SIPA – Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen (o.J.): Sicher Wohnen, das Qualitätssiegel – Alle Auszeichnungen. www.sipa-niedersachsen.de, letzter Zugriff: 16.08.2016.

Impressum

Zitierweise

Verbundprojekt transit

Landeskriminalamt Niedersachsen/Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH

Sicherheit im Wohnumfeld und in der Nachbarschaft

Impulse für die Zusammenarbeit von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune

Hannover/Berlin 2016

Herausgeber

Verbundprojekt transit

Landeskriminalamt Niedersachsen/Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH

Autorinnen und Autoren

Jan Abt, Hanna Blieffert, Holger Floeting und Anke Schröder

unter Mitarbeit von Dirk Behrmann, Alissa Kniesburgess, Sabine Rebe und Andreas Schmalfeld

Landeskriminalamt Niedersachsen

Am Waterlooplatz 11, 30169 Hannover

E-Mail: kfs@lka.polizei.niedersachsen.de

Verbundkoordinatorin: Dr. Anke Schröder

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH

Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin

E-Mail: urbane-sicherheit@difu.de

Projektleiter: Dr. Holger Floeting

Unterauftragnehmer

F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt GmbH

Adenauerallee 28, 20097 Hamburg

E-Mail: service@f-und-b.de

Gestaltung

www.tabasco-media.com

www.transit-online.info